



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 1

Juni 1970

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S.	2
Indochina: Karte und Daten	S.	3
Resolution der 5. Stockholmer Vietnamkonferenz vom 28. - 30. März 1970	S. 4 -	5
Aktionskalender	S.	5
Erklärung der INITIATIVE INTERNATIONALE VIET- NAM-SOLIDARITÄT vom 9.5.1970	S.	5
Appell von Paris (Mai 1970)	S.	6
Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker	S. 7 -	10
Gabriele Sprigath: Südvietnam - Zur Lage in den Städten	S. 11 -	14
Erklärung des ZK der Patriotischen Front von Laos über die politische Lösung des Laos-Pro- blems vom 6. März 1970	S. 14 -	17
Botschaft und feierliche Erklärung von Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha, vom 23. März 1970	S. 17 -	18
Angola, Guinea-Bissau, Mozambique: Karte und Daten	S.	19
Gemeinsame Erklärung der FRELIMO, MPLA und PAIGC vom 22. Januar zur bevorstehenden Konfe- renz in Rom im Juni 1970	S. 20 -	22
Barbara Schilling/Karl Unger: Materialien zur ökonomischen und militärischen Unterstützung der portugiesischen Kolonialpolitik durch die Bundesrepublik	S. 22 -	24
Aufruf zur Solidarität mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien	S.	24

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Barbara Schilling (presserechtlich verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Karl Unger, Frank Werkmeister, Erich Wulff.
Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck nur bei schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

EDITORIAL

"Der Zusammenbruch des Kolonialsystems hat die Positionen des Imperialismus entscheidend geschwächt. Im letzten Jahrzehnt ist die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen."

Die Herausgeber des "Antiimperialistischen Informationsbulletins" teilen diese Einschätzung der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau ebenso wie die Bestimmung der Hauptkräfte im antiimperialistischen Kampf:

"Im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung." Diese drei Hauptkräfte haben trotz aller Schwierigkeiten das Kräfteverhältnis zunehmend zu ihren Gunsten verändern können und immer bessere Bedingungen für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker und Klassen geschaffen.

Der Imperialismus ist zwar außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, hat aber keineswegs an Gefährlichkeit verloren. Mit der Verschärfung seiner inneren Krisenhaftigkeit und des im Weltmaßstab bestehenden Grundwiderspruchs zwischen Imperialismus und Sozialismus geht gegenwärtig eine wachsende Aggressivität der imperialistischen Politik einher. Besonders deutlich manifestiert sich dies in der direkten Aggression der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

In dieser Situation soll das "Antiimperialistische Informationsbulletin" vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen:

- den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellungen dokumentieren;
- den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik - insbesondere der USA und der BRD - aufdecken;
- diesen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein rücken;
- die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten.

2

Zum Inhalt dieser Nummer

Diese erste Nummer des "Antiimperialistischen Informationsbulletins" ist inhaltlich vor allem durch den gegenwärtigen Schwerpunkt der US-imperialistischen Aggressionspolitik bestimmt. Sie konzentriert sich auf Indochina.

Ein weiteres Thema bildet der Befreiungskampf der Völker der portugiesischen Kolonien. Der Hauptanlaß hierfür ist die vom 27.-29. Juni 1970 in Rom stattfindende Solidaritätskonferenz zur Unterstützung dieses Kampfes.

Die zweite Nummer wird sich hauptsächlich mit Indochina befassen. Sie wird u.a. Auszüge aus den Programmen der Patriotischen Front von Laos (Neo Lao Haksat) und der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) enthalten.

In der dritten Nummer soll die bereits erwähnte Konferenz von Rom ausgewertet werden. Es ist geplant, neben den wichtigsten Konferenzmaterialien auch einige Dokumente wiederzugeben, die die Hauptcharakteristika des Kampfes der Völker von Angola, Guinea (Bissau) und Mozambique verdeutlichen.

Bestellungen

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

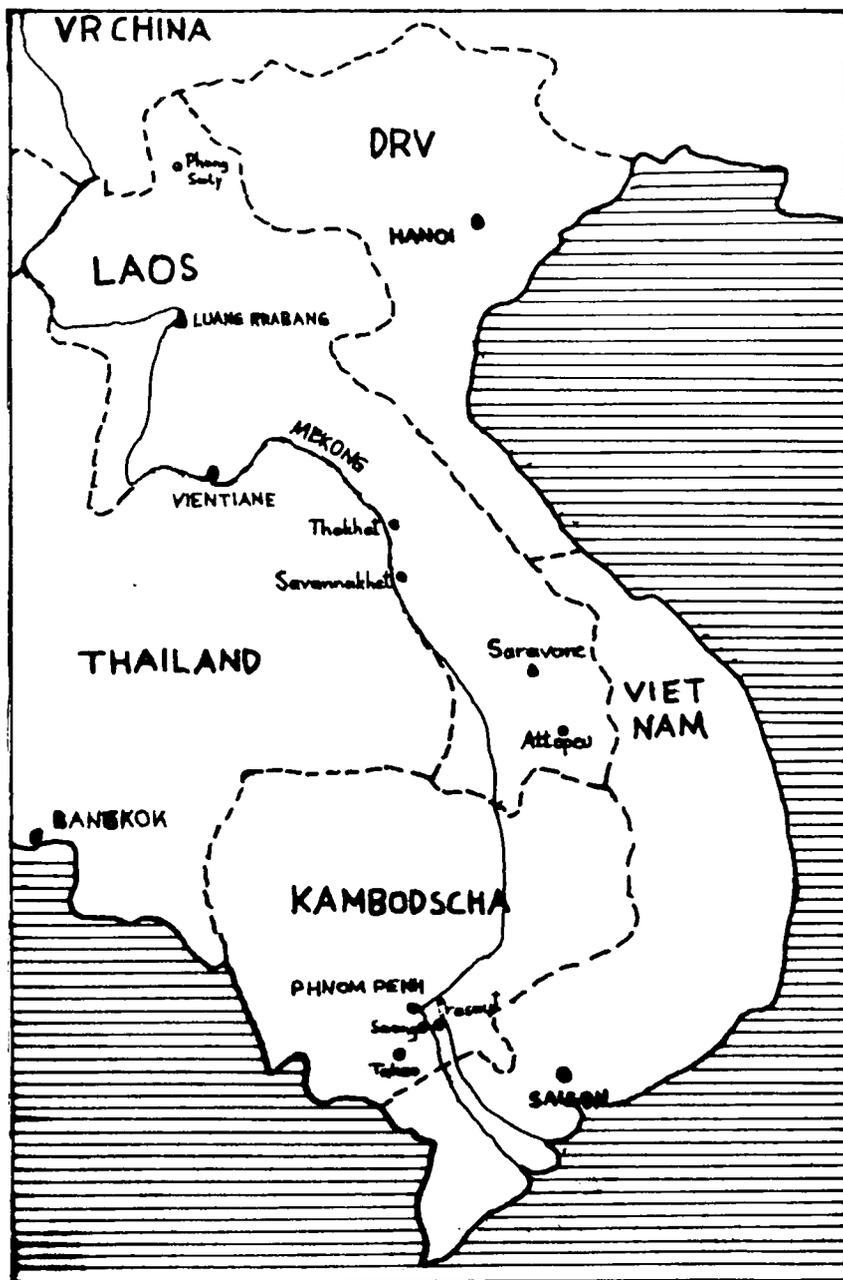
für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto,
für 12 Nummern 15,- DM einschließlich Porto,
Einzelpreis: 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren 33 %
Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"
p.A. Barbara Schilling
355 Marburg/L.
Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,
PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling, Sonder-
konto AAK, 355 Marburg/L.



INDO-CHINA

Das Territorium der indo-chinesischen Halbinsel ist mit 742.000 km² etwa dreimal so groß wie das der BRD, während die geschätzte Bevölkerungszahl von etwa:

40 Mio um etwa ein Drittel unter der der BRD liegt.

	Gebiet (in 1.000 km ²)	Bevölkerung (in Mio)
Nordvietnam	159	16
Südvietnam	171	14
Laos	231	3
Kambodscha	181	7

Von größtem Einfluß auf das Wirtschaftsleben, aber auch auf die militärischen Operationen ist die Abfolge der Regen- und der Trockenzeiten.

Im Großteil Vietnams umfaßt die Trockenzeit die Monate November bis April, die Regenzeit die Monate Mai bis Oktober. In Laos und Kambodscha dauert die Trockenzeit etwa von November bis Mai, die Regenzeit von Juni bis Oktober.

R e s o l u t i o n

Die Stockholmer Konferenz, die 326 Repräsentanten aus 62 Ländern und nationalen und internationalen Organisationen zusammgeführt hat, hat die folgende Resolution angenommen, mit der sie sich an die Völker der Welt wendet:

Der US-Krieg gegen das vietnamesische Volk wird fortgesetzt und zunehmend verstärkt. Die Truppen der Vereinigten Staaten, die in ihren Stützpunkten eingeschlossen sind, setzen ihre Operationen des "Suchens und Säuberns", die Massaker, die Folterungen und die Bombardierungen mit der bekannten Grausamkeit fort. Der Einsatz von giftigen Chemikalien ist beträchtlich erhöht worden.

Die Aggressoren sind, trotz der gigantischen Mittel, die sie einsetzen, durch den Heldennut des vietnamesischen Volkes aufgehalten worden. Sie suchen nun nach neuen Wegen, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und verlängern den Krieg dadurch, daß sie Vietnamesen zum Kampf gegen Vietnamesen benutzen.

Die sogenannte Vietnamisierung ist nichts anderes als eine Irreführung, die zum Fehlschlag verurteilt ist. Nixon, der zum Versprechen des Truppenabzuges gezwungen worden war, ist weit davon entfernt, dieses Versprechen einzulösen; im Gegenteil, er versucht die US-Truppen auf unbestimmte Zeit in Südvietsnam zu halten.

Auf der Pariser Konferenz hat die US-Regierung ganz deutlich ihre Entschlossenheit demonstriert, alle wirklichen Verhandlungen zu verhindern.

Durch die mehr als offensichtliche Intervention in Laos hat die US-Regierung kürzlich den Aggressionskrieg in dieses Land hineingetragen. Sie hat einen Staatsstreich in Kambodscha, nach der üblichen CIA-Taktik, durchgeführt, mit dem Ziel, ihre Manöver zur Ausweitung des Krieges durchzusetzen. Als ein Ergebnis ist ganz Indochina in Gefahr, zum Kriegsschauplatz zu werden, der den Frieden und die Sicherheit aller Länder Südostasiens bedrohen würde.

Vorfälle der letzten Wochen zeigen ganz eindeutig die Gefahren, die die herrschenden US-Kreise für die Völker der Welt durch ihre Aggressionspolitik hervorrufen. Diese Aggressionspolitik ist ein direktes Ergebnis der expansionistischen militärischen und ökonomischen US-Politik überall in der Welt und ist ein Teil der Globalstrategie.

Die Sache des vietnamesischen Volkes ist die Sache aller Völker.

Jedes Volk muß seine eigene Verantwortung in diesem, es direkt betreffenden Kampf erkennen, und jeder Mensch muß sich darüber klar werden, daß seine Aktivität dazu beitragen kann, den Aggressor zum Rückzug zu zwingen.

Nixons Intensivierung des Krieges in Vietnam wurde begleitet von einer zunehmenden Unterdrückung der Friedenskräfte in den USA, jung und alt, Männer und Frauen, Weiße und Schwarze. Um ihren Krieg des Völkermordes gegen das vietnamesische Volk fortzusetzen, haben die Militärkreise der USA den Rassismus als ideologische Waffe im In- und Ausland verschärft angewandt. Aber trotz der Unterdrückung durch die Regierung verstärken die Friedenskräfte der USA ihren Kampf für einen echten Frieden in Südostasien und für Freiheit und Gerechtigkeit im eigenen Land.

Die Konferenz ist überzeugt, daß die Regierung der USA den legitimen Forderungen des vietnamesischen Volkes nachkommen muß, um eine korrekte Lösung für das Vietnam-Problem und einen echten Frieden zu erlangen. Diese Forderungen sind in dem 10-Punkte-Programm über die globale Lösung niedergelegt, das von der FNL und der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietsnam vorgelegt wurde. Es verlangt den vollständigen, sofortigen und bedingungslosen Abzug der US-Truppen und ihrer Alliierten und die Errichtung einer provisorischen Koalitionsregierung, die freie und demokratische Wahlen organisieren soll.

Um eine Ausweitung des Krieges in Indochina zu verhindern, muß von den USA gefordert werden, sofort und bedingungslos ihren Aggressionskrieg in Vietnam und Laos und ihre Intervention in Kambodscha zu beenden und die Unabhängigkeit, Neutralität und territoriale Integrität dieser Länder zu respektieren.

Die Stockholmer Konferenz ruft alle nationalen und internationalen Organisationen in allen Ländern der Welt auf, den Abzug der US-Truppen aus Südvietsnam zu verlangen. Die massenhafte Verbreitung dieses Appells, die nachdrückliche Verurteilung der Verbrechen der USA in Vietnam, die Entwicklung von Aktionen zur politischen Unterstützung und materiellen Hilfe für den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes um Unabhängigkeit, Freiheit und wirklichen Frieden können diese Forderungen durchsetzen.

Um das zu erreichen, empfiehlt die Konferenz, in Koordinierung mit der Anti-Kriegsbewegung in den USA, in jedem Land ein Aktionsprogramm

zu entwickeln. Auf diese Weise wird überall in der Welt ein mächtiger Druck auf die US-Regierung entstehen, der sie zur Respektierung des Friedens, der Unabhängigkeit und des Rechtes auf Selbstbestimmung der Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha zwingt. Die Konferenz empfiehlt die Organisierung von breiten, kontinuierlichen Aktionen, die, entsprechend der gegebenen Bedingungen und der jeweiligen konkreten Probleme, in jeder Region, in jedem Land und in jeder Sektion koordiniert und entwickelt werden.

Auf diese Weise werden die erwünschten Ziele erreicht und der Frieden errungen werden.

5. Stockholmer Vietnamkonferenz
Stockholm, den 28.-30. März 1970

(Aus: Materialien der "Kampagne für Demokratie und Abrüstung - Ostermarsch" vom 2.4.1970)

Aktionskalender

(Für alle Organisationen zur Information und Prüfung)

Die 5. Stockholmer Vietnam-Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit aller internationalen und nationalen Organisationen auf die verschiedenen Aktivitäten, die in der ganzen Welt für die kommenden Monate geplant sind und ruft sie auf, angemessene Aktionen von wirksamer Solidarität für jene spezifischen Projekte, die sie zur Unterstützung ausgesucht haben, einzuleiten. Die 5. Stockholmer Konferenz ruft die Menschen in der ganzen Welt besonders zur Mobilisierung gegen den Krieg in Vietnam und gegen die Unterdrückung der Antikriegs-Aktivisten in den USA an zwei Daten der Internationalen Mobilisierung, am 4. Juli und in der letzten Oktoberwoche, auf.

- 6. Juni Erster Jahrestag der Gründung der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam
- 25. Juni - Monat des vereinten Kampfes für den
- 27. Juli Abzug der Aggressionstruppen des US-Imperialismus aus Südkorea
- 4. Juli Internationaler Tag des Protestes gegen die Unterdrückung aller aktiven Antikriegskräfte in den USA, besonders der Black Panther-Partei, die für den Gruppenmord herausgegriffen worden ist.

- Die Bewegung in den USA ruft zu gleichzeitigen Aktionen vor allen US-Botschaften und Konsulaten auf, um gegen diese Unterdrückung Widerstand zu leisten.

- 20. Juli 16. Jahrestag der Unterzeichnung der Genfer Vietnam-Abkommen
- 6. August Hiroshima-Tag
- 2. September 25. Jahrestag der Gründung der Demokratischen Republik Vietnam
- 15. Oktober; Ngyuen Van Troi - Tag
- letzte Oktoberwoche Weltweite Massenmobilisierung gegen den Krieg in Vietnam. Die Planung sollte jetzt schon beginnen, um zu gewährleisten, daß Millionen von Menschen für den sofortigen, bedingungslosen Abzug aus Südostasien auf die Straße gehen.
- 20. Dezember 10. Jahrestag der Gründung der Nationalen Befreiungsfront.

5. Stockholmer Vietnamkonferenz
Stockholm, den 28.-30. März 1970

(Aus: Materialien der "Kampagne für Demokratie und Abrüstung - Ostermarsch" vom 2.4.1970)

INITIATIVE INTERNATIONALE VIETNAM - SOLIDARITÄT

Die INITIATIVE INTERNATIONALE VIETNAM-SOLIDARITÄT hat auf ihrer Beratung vom 9.5.1970 u.a. die Beschlüsse der 5. Stockholmer Vietnam-Konferenz vom März 1970 diskutiert und den 4. Juli 1970 als Internationalen Vietnam-Tag in ihre Aktionsplanungen einbezogen. In ihrer Erklärung heißt es u.a.

"Wir solidarisieren uns mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern von Vietnam, Laos und Kambodscha. In gleicher Weise stehen wir auf der Seite der immer stärker werdenden inner-amerikanischen Bewegung gegen die US-Aggression in Indochina. Wir fordern deshalb

- + den sofortigen, vollständigen und bedingungslosen Abzug aller US-Truppen und ihrer Verbündeten aus Vietnam, Laos und Kambodscha.

[..] Wir fordern von der Bundesregierung:

- + Verurteilung der US-Aggression in Indochina
- + Einstellung jeglicher politischer und materieller Hilfe für Saigon
- + Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nordvietnam
- + humanitäre Hilfe für die Provisorische Revolutionäre Regierung als dem legitimen Repräsentanten der südvietnamesischen Bevölkerung."

Appell von Paris

Tagung der Kommunisten Westeuropas

— Am 16. Mai fand in Paris eine Tagung von Vertretern kommunistischer Parteien europäischer kapitalistischer Länder statt. Daran nahmen Vertreter aus der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Holland, Irland, Italien, Luxemburg, Portugal, San Marino, Schweden und der Schweiz teil. Die Tagung richtete an die Völker ihrer Länder den folgenden Appell:

Der amerikanische Imperialismus erweitert den Aggressionskrieg auf Kambodscha, auf ganz Indochina.

Er vervielfacht Zerstörungen, Massaker, die Leiden der Bevölkerung. Er verursacht eine gefährliche Verschärfung der internationalen Lage. Er gefährdet den Weltfrieden.

Die Vertreter der kommunistischen Parteien der europäischen kapitalistischen Länder richten an die Völker ihrer Länder einen eindringlichen Appell zur Wachsamkeit und zur Aktion. Die Völker der kapitalistischen Länder Europas sind direkt betroffen. Es geht darum, die politische, moralische und materielle Solidarität mit den Völkern Vietnams, Laos, und Kambodschas, die heldenhaft für ihre Unabhängigkeit kämpfen, zu verstärken, und den sofortigen totalen und bedingungslosen Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Südvietnam und ganz Indochina zu fordern.

Es geht darum, die Heuchelei Nixons, der über Frieden spricht und Krieg führt, zu entlarven, seinen Anspruch auf die Rolle eines internationalen Gendarmen und darauf, überall gegen das berechtigte Streben nach Freiheit, Demokratie und Sozialismus intervenieren zu können, zum Scheitern zu bringen.

Es geht darum, die Forderung der öffentlichen Meinung, die Regierungen der europäischen kapitalistischen Länder mögen die Abenteuer- und Kriegspolitik Washingtons klar verurteilen, stärker zum Ausdruck zu bringen.

In Kambodscha wie in Vietnam und in Laos ist der Versuch, die bisherigen Mißerfolge durch eine Ausweitung des Krieges zu überwinden, zum Bankrott verurteilt.

Der Sieg gehört den drei im gemeinsamen Kampf verbundenen Völkern, die die Unterstützung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, der Arbeiterklasse, der friedliebenden und freien Völkern genießen.

Mit erneuter Kraft entwickelt sich eine breite Protestbewegung gegen die amerikanische Aggression in der ganzen Welt. Diese Solidarität hat ihre Wirksamkeit bereits bewiesen. In den Vereinigten Staaten selbst wird die Bewegung gegen den Krieg breiter und entschlossener. Die Solidarität der Kommunisten der europäischen kapitalistischen Länder gehört den Genossen der kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten, den friedliebenden Organisationen, den Jungen, den Studenten, allen friedliebenden Kräften, die die Politik Nixons verurteilen und gegen sie demonstrieren.

Es ist möglich, diesem Krieg unverzüglich ein Ende zu setzen. Die von den Vertretern der Völker Indochinas gemachten Vorschläge ermöglichen es.

Die kommunistischen Parteien der europäischen kapitalistischen Länder erneuern ihre Unterstützung für die verbindlichen Lösungen, die in bezug auf Vietnam von der revolutionären, provisorischen Regierung der Republik Südvietnam vorgeschlagen wurden und von der Demokratischen Republik Vietnam unterstützt wurden, die in bezug auf Laos von der Vaterländischen Front Laos, in bezug auf Kambodscha von der Vereinigten Nationalen Front Kambodschas vorgeschlagen wurden.

Angesichts der steigenden Aggressivität des Imperialismus, der die Freiheit der Völker und den Weltfrieden in Frage stellt, werden die kommunistischen Parteien der europäischen kapitalistischen Länder Europas zur Verstärkung der Aktionseinheit der internationalen kommunistischen Bewegung beitragen, in der Überzeugung, daß die gemeinsame Aktion aller kommunistischen Parteien, aller Arbeiterparteien, die siegreiche Sammlung aller antiimperialistischen Kräfte fördern wird.

(Wegen der Dringlichkeit und des Ernstes der Lage rufen die Vertreter der kommunistischen Parteien der europäischen kapitalistischen Länder

zur Verstärkung der Einheit und zu einer noch festeren und konsequenteren Aktion gegen die Ausweitung des Krieges und für den Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Indochina an).

Sie wenden sich besonders an die Werktätigen und an ihre Organisationen, an die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, an die Christen, an alle, denen Freiheit und Frieden Herzensangelegenheit ist.

Sie rufen die Jugendlichen, Werktätigen und Studenten auf, die sich für die gerechte Sache begeistern, ihre Anstrengungen für die Unterstützung des edelmütigen Kampfes ihrer Brüder Indochinas zu verdoppeln.

- Schluß mit den imperialistischen Aggressionen!
- Hinaus mit den Amerikanern aus Indochina!
- Unabhängigkeit für die Völker Vietnams, Laos' und Kambodschas!
- Friede für die Welt!

Die Tagung wandte sich in einem Brief an die Arbeiterpartei Vietnams, die Nationale Befreiungsfront Südvietnams, die Patriotische Front von Laos und die Vereinigte Nationale Front Kambodschas. Durch Taten, so heißt es darin, werden die vertretenen Parteien ihre völlige Solidarität mit eurem gerechten Kampf zum Ausdruck bringen.

Unsere Zeit

vom 30.5.1970

Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz
der indochinesischen Völker

Die Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker fand am 24./25. April 1970 an einem Ort im Grenzgebiet von Laos - Vietnam - China auf Initiative von Samdech Norodom Sihanouk, dem Staatsoberhaupt von Kambodscha und Präsidenten der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (F.U.N.K.), statt. Die drei Völker von Indochina waren durch vier Delegationen repräsentiert:

Der Delegation des kambodschanischen Volkes gehörte [u.a.] als Delegationsleiter Samdech Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha und Präsident der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (F.U.N.K.) an. [...]

Der Delegation des laotischen Volkes gehörte [u.a.] als Delegationsleiter Seine Hoheit, Prinz Souphanouvong, der Präsident der Patriotischen Front von Laos an. [...]

Der Delegation der Bevölkerung der Republik Südvietnam gehörte [u.a.] als Delegationsleiter Rechtsanwalt Nguyen Huu Tho, Präsident des Präsidiums des Zentralkomitees der Südvietnamesischen Nationalen Befreiungsfront und Präsident des Beratenden Gremiums der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam an. [...]

Der Delegation der Bevölkerung der Demokratischen Republik Vietnam gehörte [u.a.] als Delegationsleiter der Ministerpräsident der DRV, Herr Pham Van Dong an. [...]

Die Konferenz hat Meinungen ausgetauscht und Einmütigkeit im Hinblick auf die gegenwärtige Situation in Indochina und den Kampf der drei indochinesischen Völker gegen den gemeinsamen Feind, den US-imperialistischen Aggressor und seine Handlanger, erzielt.

Die drei Völker von Kambodscha, Laos und Vietnam, die zusammen auf der indochinesischen Halbinsel leben, sind durch historische, freundschaftliche Beziehungen eng miteinander verbunden. Nach langen Jahren des mutigen Kampfes gegen die französischen Kolonialisten und die US-amerikanischen Interventen haben sie Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität errungen. Diese nationalen Rechte wurden durch die Genfer Abkommen von 1954 anerkannt und garantiert.

Während der letzten 15 Jahre haben die US-Imperialisten in der Hoffnung, ihren Traum von der Welthegemonie zu verwirklichen, darauf ab-

gezielt, die indochinesischen Länder in Neo-Kolonien und Militärbasen zur Ausbeutung der Völker Indochinas zu verwandeln, die nationale Befreiungsbewegung in Indochina und Südostasien zu unterdrücken und die sozialistischen und andere unabhängige Länder in Asien zu bekämpfen.

Sie haben das Streben der kambodschanischen, laotischen und südvietnamesischen Bevölkerung nach Unabhängigkeit, Frieden und Neutralität schamlos mit Füßen getreten, haben die Souveränität und Sicherheit der Demokratischen Republik Vietnam grob verletzt, die Genfer Indochina-Abkommen von 1954 und die Genfer Laos Abkommen von 1962 systematisch sabotiert und dabei Frieden und Sicherheit in Südostasien und der Welt gefährdet.

Sie haben einen überaus grausamen "lokalen Krieg" gegen das vietnamesische Volk in Gang gesetzt, einen abscheulichen "Spezialkrieg" gegen das laotische Volk begonnen und ihre schändlichen Pläne der Einkreisung, Provokation und Subversion gegenüber Kambodscha verstärkt.

Sie haben brutalste Verbrechen auf der indochinesischen Halbinsel verübt.

Der US-Imperialismus ist ein echter Neo-Faschismus und in seiner Funktion als Weltgendarm der grausamste und gefährlichste Feind der indochinesischen Völker und der Menschheit.

Angesichts dieses gemeinsamen Feindes, der US-imperialistischen Aggressoren, haben die indochinesischen Völker Seite an Seite gekämpft, um ihre heiligen nationalen Rechte zu verteidigen.

Unter der Führung seines Staatsoberhauptes, Samdech Norodom Sihanouk, hat das Khmer-Volk alle Versuche der US-Imperialisten zur Einkreisung, Provokation und Subversion vereitelt und damit einen Beitrag zur Vereitelung ihrer Pläne, geleistet, ein System von Militärstützpunkten über Südvietnam bis Thailand, Laos und Kambodscha einschließend, zu errichten. Während der letzten 15 Jahre hat das Khmer-Volk erfolgreich ein unabhängiges, friedliebendes und neutrales Kambodscha bewahrt und sich bemüht, eine unabhängige Wirtschaft aufzubauen und seine blühende nationale Kultur zu entwickeln. Das Ansehen des unabhängigen, friedliebenden und neutralen Kambodscha hat sich auf internationaler Ebene ständig vergrößert.

Unter der Führung der Patriotischen Front von Laos, an deren Spitze Seine Hoheit Prinz Souphanouvong steht, bereitet das laotische Volk dem "Spezialkrieg" der USA und den heftigen

Angriffen durch die US-Handlanger eine Niederlage; es hat eine immer stabilere befreite Zone errichtet. Es hat einen glänzenden und beharrlichen Kampf zur Sicherung der Genfer Abkommen von 1962 gegen die US-Aggressoren und ihre Agenten aufgenommen, die unter dem betrügerischen Aushängeschild von Unabhängigkeit und Neutralität die höchsten Interessen des laotischen Volkes verraten haben. Schrittweise nähert es sich dem Ziel, ein wirklich friedliebendes, unabhängiges, neutrales, demokratisches, geeintes und blühendes Laos aufzubauen.

Als Antwort auf den heiligen Aufruf des verehrten Präsidenten Ho Chi Minh zum Widerstand gegen die US-Aggression für die nationale Befreiung hat das vietnamesische Volk einträchtig gekämpft und große Siege bei seinem Kampf errungen, um Südvietnam zu befreien, Nordvietnam zu verteidigen und Fortschritte zur friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes zu machen. Unter dem glorreichen Banner der Nationalen Befreiungsfront hat die südvietnamesische Bevölkerung den "Spezialkrieg" zum Scheitern gebracht und ist dabei, der äußerst grausamen Konzeption des "lokalen Krieges", der von den Vereinigten Staaten und ihren Handlangern begonnen wurde, eine Niederlage zu bereiten. Die Bevölkerung des Nordens, die in der Vaterländischen Front vereint ist, hat den Zerstörungskrieg der USA zum Scheitern gebracht, während es weiterhin erfolgreich den Sozialismus aufgebaut und alle Verpflichtungen des "großen Hinterlandes" gegenüber der heldenhaften "großen Front" erfüllt hat.

Die glänzenden Siege der drei indochinesischen Völker haben die Arroganz der US-Imperialisten, der Rädelsführer des Imperialismus und grausamsten Feindes der Menschheit, zerschmettert und ihnen ungeheure Schwierigkeiten in den USA und der Welt bereitet. Diese Siege haben gezeigt, daß die US-Imperialisten bei all ihrer brutalen Gewalt geschlagen werden, wenn sie das heilige Recht auf Leben eines Volkes antasten, das geeint und entschlossen ist, bis zum Ende für die Unabhängigkeit und Freiheit seines Vaterlandes zu kämpfen. Sie bilden einen wesentlichen Beitrag und eine große Ermutigung für den Kampf der Völker der Welt für Unabhängigkeit und Frieden.

Diese überaus wichtigen und glänzenden Siege sind Siege des glühenden Patriotismus, des unbezwingbaren Kampfgeistes der drei indochinesischen Völker, von denen jedes eine ruhmreiche Geschichte des Kampfes gegen fremde Aggression und eine mehr als tausendjährige glänzende Zivilisation hat. Es sind Siege der gerechten

und weitsichtigen Politik, die von den verehrten Führern der Völker von Kambodscha, Laos und Vietnam vertreten wird. Es sind Siege der brüderlichen Freundschaft und militanten Solidarität, die die drei Völker verbinden, einer Freundschaft und Brüderlichkeit, die alle Anfechtungen überwunden hat, und Tag für Tag fester und stärker geworden ist. Die Konferenz der indochinesischen Völker von 1965 und die gegenwärtige Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker leisten einen großen Beitrag zur Stärkung und Festigung dieser brüderlichen Freundschaft und militanten Solidarität. Diese Siege der drei indochinesischen Völker sind auch Siege der Sympathie und der breiten und starken Unterstützung, die die Menschen in der Welt ihrer gerechten Sache gewähren.

Obwohl die US-Imperialisten schwere Schläge erleiden, haben sie - noch immer halsstarrig in ihren Absichten - ihre verbrecherischen aggressiven Pläne gegen die indochinesischen Völker nicht aufgegeben. Seit Nixon die Regierung übernahm, haben die USA jede Anstrengung zur "Vietnamisierung" des Krieges unternommen, um ihn zu verlängern und die militärische Besetzung Südvietnams hinauszuziehen. Sie haben in Laos den "Spezialkrieg" ausgeweitet und ständig Angriffe auf die "Ebene der Tonkrüge" im Gebiet von Xiengkhouang und auf andere Gebiete der befreiten Zone in Laos geführt und eine große Zahl von Thai-Söldnern ins Land geholt. Mit der von ihnen bezahlten Lon Nol - Sirik Matak - Clique inszenierten sie am 18. März 1970 einen Staatsstreich gegen das Khmer-Volk und die Politik des Staatsoberhauptes, Norodom Sihanouk, welche wesentlich auf die Sicherung des Friedens, der Unabhängigkeit und Neutralität von Kambodscha und die Stärkung der Solidarität und Freundschaft der indochinesischen Völker gerichtet ist. Am 24. April zeigte Präsident Nixon erneut seine extreme Hartnäckigkeit, als er auf seiner irreführenden Behauptung über den Frieden herumritt und seine verräterischen Manöver um den Truppenrückzug wiederholte und gleichzeitig den patriotischen Kampf der drei indochinesischen Völker auf schamlose Weise entstellte. Diese abgestandenen Behauptungen und Manöver können den eisernen Willen des vietnamesischen, kambodschanischen und laotischen Volkes, ihre Solidarität zu stärken und ihren Kampf bis zum vollständigen Sieg zu führen, wirklich nicht erschüttern. Diese Behauptungen und Manöver können die öffentliche Meinung in den USA und der Welt nicht besänftigen, die Nixon's Politik der "Vietnamisierung" des Krieges, seiner Verlängerung und Ausweitung auf ganz Indochina

heftig verdammt und die fordert, daß die Nixon-Administration schnell alle US-Truppen aus Vietnam abzieht und ihre Intervention und Aggression gegenüber den indochinesischen Ländern beendet. Es ist klar, daß die US-Imperialisten gegenwärtig jedes Mittel zur Verlängerung und Ausdehnung des Krieges in Indochina suchen und dabei ernstlich den Frieden in Südostasien und der Welt bedrohen. Alle Pläne und Aktionen der US-amerikanischen Kriegshetzer entschlossen zu stoppen, wird gegenwärtig zur dringenden Aufgabe.

In diesem historischen Augenblick ruft die Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker die drei Völker dringend auf, ihre Solidarität zu verstärken, einen heldenmütigen und beharrlichen Kampf aufzunehmen, alle Mühen zu überwinden und alle Opfer auf sich zu nehmen in der festen Entschlossenheit, die US-Imperialisten und ihre Handlanger zu schlagen, die grundlegenden Prinzipien der Genfer Abkommen von 1954 und 1962 zu verteidigen wie Indochina zu einem wirklich unabhängigen und friedliebenden Gebiet zu machen - in Übereinstimmung mit den Wünschen der drei Völker und im Interesse des Friedens in Südostasien und in der Welt.

Von seiten Kambodschas, Laos und Südvietnams wird bekräftigt, daß die Ziele ihres Kampfes sind: Unabhängigkeit, Frieden, Neutralität, das Verbot der Anwesenheit jeglicher fremder Truppen oder Militärstützpunkte auf ihrem Boden, Nichtbeteiligung an irgendwelchen Militärbündnissen, Verbot der Benutzung ihres Territoriums durch irgendein fremdes Land für Zwecke der Aggression gegen andere Länder. Es sind dies die tiefen Wünsche der Bevölkerung von Kambodscha, Laos und Südvietnam, in Übereinstimmung mit den grundlegenden Prinzipien der Genfer Abkommen von 1954 und 1962 und mit der allgemeinen Lage in diesem Teil der Welt. Die Bevölkerung der Demokratischen Republik Vietnam respektiert diese legitimen Wünsche vollständig und unterstützt den Kampf für diese erhabenen Ziele uneingeschränkt.

Die Konferenz zeigt besonderes Interesse für die gegenwärtige Situation in Kambodscha. Sie drückt ihre entschlossene Unterstützung für den heldenhaften Kampf des Khmer-Volkes aus, welches als Antwort auf den Aufruf des Staatsoberhauptes, Samdech Norodom Sihanouk, sich überall im Land erhoben und einen unbezwingbaren Kampf begonnen hat - mit der Waffe in der Hand und auf andere Weise - in der festen Entschlossenheit, die Lon Nol - Sirik Matak - Staatsstreich-Clique zu beseitigen und die Aggressionspläne der US-Imperialisten zunichte

zu machen. Die Konferenz spricht die volle Unterstützung für die Fünf-Punkte-Erklärung des Staatsoberhauptes, Samdech Norodom Sihanouk, vom 23. März 1970 aus. Sie verurteilt heftig die umfangreichen Massaker an hilflosen Zivilisten, an Kambodschaner, an vietnamesischen und chinesischen Einwohnern durch die faschistische und rassistische Lon Nol - Sirik Matak - Clique, die zum Ziel hatten, die US-imperialistische Intervention und Aggression zu verschleiern. Sie verurteilt heftig alle Versuche der Vereinigten Staaten, ihrer Handlanger oder anderer asiatischer Reaktionäre, den Namen der USA, oder anderer Organisationen oder internationaler oder asiatischer Konferenzen dafür zu mißbrauchen, die illegale Macht der Lon Nol - Sirik Matak - Reaktionäre zu legitimieren und sich in Kambodscha einzumischen. Sie ist fest davon überzeugt, daß der Kampf des Khmer-Volkes für ein unabhängiges, friedliebendes und neutrales Kambodscha von einem glorreichen Sieg gekrönt sein wird.

Die Konferenz spricht ihre entschlossene Unterstützung für den tapferen Kampf des laotischen Volkes aus, für einen Kampf unter der Führung der Patriotischen Front von Laos gegen die US-Imperialisten und ihre Lakaien. Sie bekräftigt ihre volle Unterstützung für die Fünf-Punkte-Erklärung des Zentralkomitees der Patriotischen Front von Laos vom 6. März 1970. Die US-Imperialisten müssen ihren Aggressionskrieg beenden, alle Bombardierungen des laotischen Territoriums einstellen, von Laos alle US- und thailändischen Satellitentruppen abziehen und dem laotischen Volk gestatten, die Angelegenheiten von Laos selbst zu regeln.

Die Konferenz spricht ihre entschiedene Unterstützung für den beharrlichen und heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die US-imperialistischen Aggressoren und ihre Lakaien aus und bekräftigt ihre volle Unterstützung für die 10-Punkte-Globallösung der Nationalen Befreiungsfront und der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam. Die US-Imperialisten müssen aus Südvietnam schnell, vollständig und bedingungslos die Truppen der USA und die anderer fremder Länder aus dem Lager der USA abziehen und das vietnamesische Volk seine eigenen Angelegenheiten ohne fremde Einmischung selbst regeln lassen.

Angesichts der trügerischen Absichten der Vereinigten Staaten, die "Nixon Doktrin" durchzuführen, Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen, Zwietracht zu säen und chauvinistischen Haß zwischen den drei Völkern von Kambodscha, Laos und Vietnam zu schaffen, ruft die Konfe-

renz alle drei Völker auf, ihre Wachsamkeit zu erhöhen, ihre Solidarität zu stärken, den Kampf gegen den gemeinsamen Feind - den amerikanischen Imperialismus und seine Lakaien in den drei Ländern - bis zum vollständigen Sieg fortzuführen.

Von dem Prinzip ausgehend, daß die Befreiung und die Verteidigung eines jeden Landes die Angelegenheit seines Volkes ist, verpflichten sich die verschiedenen Parteien, alles zu tun, was sie können, um sich gegenseitige Hilfe, gemäß dem Wunsch der betroffenen Partei und auf der Grundlage gegenseitiger Respektierung zu leisten.

Die Parteien bekräftigen ihre Entschlossenheit, die brüderliche Freundschaft und die guten, nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Ländern zu bewahren und zu entwickeln zum Zwecke der gegenseitigen Hilfe im Kampf gegen den gemeinsamen Feind und der dauerhaften zukünftigen Zusammenarbeit beim Aufbau eines jeden Landes nach seinen Vorstellungen. Was die Beziehungen zwischen den drei Ländern betrifft, so sind die Parteien entschlossen, sich an die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu halten, an: gegenseitige Respektierung der Souveränität und territoriale Integrität, Nichtangriff, gegenseitige Respektierung des politischen Regimes jedes Landes und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen, Gleichheit und gegenseitigen Nutzen, friedliche Koexistenz. Die Parteien respektieren die grundlegenden Prinzipien der Genfer Indochina-Abkommen von 1954, anerkennen die territoriale Integrität Kambodschas in seinen bestehenden Grenzen und verpflichten sich, diese zu respektieren, und respektieren die Genfer Laos-Abkommen von 1962. Die Parteien bekräftigen, daß alle Probleme, die aus den Beziehungen zwischen den drei Ländern entstehen, durch Verhandlungen im Geiste gegenseitiger Respektierung, gegenseitigen Verstehens und gegenseitiger Hilfe gelöst werden können.

Die Parteien stimmen überein, daß - wenn notwendig - zwischen den höchsten Führern oder zwischen kompetenten Repräsentanten zum Austausch von Meinungen über gemeinsam interessierende Probleme Treffen stattfinden werden.

Die Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker bringt ihre ernsthafte und tiefe Dankbarkeit für die wertvolle Sympathie und Unterstützung durch die Völker der Welt zum Ausdruck. Die Konferenz ruft die Völker und Regierungen der sozialistischen Länder, die Frieden und Gerechtigkeit liebenden Länder in der Welt und das amerikanische Volk auf, die Aggression und In-

tervention der US-Imperialisten streng zu verurteilen und dem gerechten Kampf der drei indochinesischen Völker bis zum endgültigen Sieg wachsende Hilfe zukommen zu lassen.

Die Konferenz bringt ihre volle Unterstützung zum Ausdruck für den Kampf der Völker der Welt für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt, gegen den aggressiven und kriegslüsternden US-Imperialismus, gegen alle Formen von Kolonialismus und Neokolonialismus, für den Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für Unabhängigkeit und Freiheit, für den Kampf des chinesischen Volkes zur Rückgewinnung Taiwans, für die untrennbare Einheit des Territoriums der VR China, für den Kampf des koreanischen Volkes gegen die US-imperialistischen Aggressoren für die Befreiung des südlichen Teils des Landes und die Wiedervereinigung Koreas, für den Kampf des arabischen Volkes für seine grundlegenden nationalen Rechte gegen die Aggression Israels, das von den US-Imperialisten bezahlt wird, für den Kampf des amerikanischen Volkes gegen den Aggressionskrieg, gegen Rassendiskriminierung, für Frieden und die wirklichen Interessen des Volkes der USA.

Die Konferenz ist der Meinung, daß die gegenwärtige Situation den indochinesischen Völkern günstiger denn je für ihren Kampf gegen die US-Aggression für die nationale Befreiung ist. Niemals zuvor waren die imperialistischen Aggressoren von so vielen Rückschlägen und so vielen Schwierigkeiten betroffen, so ernstlich geschwächt und isoliert wie jetzt. Die indochinesischen Völker kämpfen für eine gerechte Sache, sie haben eine richtige Politik und einen unerschütterlichen Willen, sie haben eine unzerbrechbare Solidarität geschmiedet; darüber hinaus verfügen sie über beträchtliche Kräfte - über mehr als je zuvor - und genießen starke Sympathie und Hilfe von den Völkern der Welt. Die Konferenz drückt ihre feste Überzeugung aus, daß die indochinesischen Völker - vorangetrieben von ihren Siegen - vollen Nutzen aus ihrer Position der Initiative und Offensive ziehen, unermüdlich den Kampf an allen Fronten fortsetzen und vorantreiben und unvermeidlich den vollen Sieg erringen.

Beschlossen am 25. April 1970 [...]

[Unterzeichnet von den Delegationsleitern]

(Gekürzte Übersetzung nach maschinschriftlichen Materialien, die der Redaktion vom Informationsbüro der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams in Paris, zur Verfügung gestellt wurden.)

SÜD- VIETNAM

Gabriele Sprigath

Zur Lage in den Städten

Zwei Tage vor dem Überfall der US-Armee auf Kambodscha erklärte US-Präsident Nixon vor Vertretern amerikanischer Veteranenverbände: der Einmarsch in Kambodscha sei "zwingend erforderlich, um einer totalen und demütigenden Niederlage in Vietnam" zu entgegen. (Spiegel No 22/70). Aber weder der Überfall auf Kambodscha, noch die Wiederaufnahme der Bombenangriffe gegen die DRV, noch die "Vietnamisierung" oder irgendein neuer Trick kann die Nixon-Regierung vor der totalen Niederlage in Vietnam bewahren, weil diese Niederlage in den unauflösbaren Widersprüchen des neokolonialistischen Systems selbst angelegt ist.

"Eine stärkere Regierung, eine gefestigtere Wirtschaft, stärkere Militärkräfte, eine der inneren Sicherheit angemessene Polizei" - das war nach Ansicht von US-Verteidigungsminister Laird das umfassende Programm der "Vietnamisierung", das sich längst in jeder Hinsicht als Reinfall erwiesen hat. Entscheidend ist die Tatsache, daß es den US-Imperialisten nie gelungen ist, im Rahmen ihrer neokolonialistischen Politik in Südvietnam eine lebensfähige Wirtschaft aufzubauen: die Investitionen des amerikanischen Privatkapitals in Südvietnam gehören zu den niedrigsten in allen "Entwicklungsländern". Die Saigoner Kompradorenbourgeoisie zieht es vor, ihre Profite auf ausländischen Banken zu sichern, anstatt sie langfristig in dem Sumpf der auf Krieg orientierten Wirtschaft Südvietnams zu investieren. Im folgenden einige Informationen zur ökonomischen Entwicklung Südvietnams.

Im vergangenen Jahr hat sich die prekäre wirtschaftliche Situation des Saigoner Regimes weiter zugespitzt. Das Gesamtbudget von 130 Milliarden Piaster wies trotz der "US-Hilfe" von 113 Milliarden Piaster (= 1 Milliarde Dollar) ein Defizit von 50 Milliarden Piaster auf. Gegenüber 1968 sind die Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten des Jahres 1969 um 34% gestiegen. Allein in der ersten Woche dieses Jah-

res sind die Preise für Getreideprodukte um 35%, für andere wichtige Konsumgüter um 29 bis 75% gestiegen (UPI 8.1.1970).

Auf ein anderes Problem macht die Süddeutsche Zeitung (4.4.1970) aufmerksam: "Mit der Auflösung amerikanischer Stützpunkte im Zuge der Vietnamisierung verlieren Hunderttausende Vietnamesen ihre Arbeitsplätze. Gleichzeitig entfällt auch die indirekte Wirtschafts- und Finanzhilfe, die über ungezählte Kanäle durch die bloße Präsenz der halben Million amerikanischer Soldaten ins Land kam. Insgesamt haben die Amerikaner seit 1955 etwa 130 Milliarden Dollar für den Krieg in Vietnam ausgegeben. Unbestritten ist jetzt in Saigon, daß Südvietnam durch die Vietnamisierung mit allen Konsequenzen eher vor der Gefahr steht, aus wirtschaftlichen als aus militärischen Gründen zu kollabieren. Obwohl die südvietnamesische Armee theoretisch zu den am besten ausgerüsteten der Welt zählt, leiden ihre rund 300.000 Soldaten und deren Familien Hunger, da ihr monatlicher Wehrgeld von etwa 95 Mark angesichts inflationärer Preise nicht ausreicht".

Vor diesem Hintergrund zunehmender Existenzbedrohung der Stadtbevölkerung durch die Inflation ist die gegenwärtige Situation in Südvietnam und in Südostasien zu sehen: im letzten Jahr hat sich der Kampf in den Städten um höhere Löhne, um demokratische Freiheiten, für Frieden beständig verschärft.

Arbeitskämpfe

Man muß davon ausgehen, daß von 14 Millionen Einwohnern Südvietnams rund 4 Millionen in den großen Städten Südvietnams leben, davon rund 3 Millionen allein in Saigon. Davon waren 1960 255.230 Arbeiter und 61.000 Plantagenarbeiter (neuere Zählungen liegen nicht vor). Die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse waren und sind unvorstellbar hart. Es gibt keinerlei gewerkschaftliche Sicherung des Arbeitsplatzes. Der Streik als Kampfmittel ist als "illegal" verboten! Die "US-Hilfe" hat zur Stilllegung zahlreicher Industriezweige, z.B. der Webereien, geführt. 80% ihrer Arbeiter wurden arbeitslos. Schon 1962 betrug die Zahl der Arbeitslosen 40% der Stadtbevölkerung. Die Arbeiterbewegung wird auf das grausamste unterdrückt, ohne daß es jedoch den Saigoner Marionetten gelang, sie zu zerschlagen.

Am 8. Juni 1969 verabschiedeten 42 gewerkschaftliche Organisationen eine Petition, **11** in der von der Marionettenregierung wirksame Maßnahmen gegen die Preissteigerungen

und ein Regierungserlaß über den Mindestlohn verlangt wurden. Seitdem ist die Streikbewegung der Arbeiter nicht abgerissen, nachdem die entsprechenden Maßnahmen ausblieben. Stattdessen beschloß das Thieu-Regime eine Steuererhöhung vom 24. 10.69 an, die über 1.000 Artikel betraf. 84 von 85 "Senatoren" und 75 "Abgeordnete" protestieren energisch gegen diese Maßnahmen. Die Gewerkschaften erklärten, daß sie bereit seien, den Generalstreik auszurufen. Wegen der uneinsichtigen Haltung der Saigoner Clique beschlossen am 7.1.70 118 Berufsorganisationen den Generalstreik, um den Streik der Autobusfahrer zu unterstützen, die für ihr Recht auf Arbeit kämpfen. Im Juli 1969 hatte das Marionettenregime die Verwaltung der Autobusse aufgelöst. Saigon verfügt seitdem über kein gemeinsames Verkehrsnetz mehr. Zwei Drittel der Arbeiter landeten auf der Straße. Am Streik beteiligten sich die Benzinverteiler der Firmen Esso, Shell, Caltex, die Arbeiter einer Zuckerfabrik sowie zahlreicher chemischer und pharmazeutischer Betriebe, die Mehrzahl der Angestellten der Wasser- und Elektrizitätswerke, Taxifahrer, Lambretta-Rikschafahrer und ein großer Teil der Hafentarbeiter (AFÖ). Der Streik legte den Hafen von Saigon und den Flughafen Tan Son Nhut lahm (UPI, Reuter).

Kampf der Studenten

Die Studenten in Südvietnam blicken auf eine lange Tradition des antiimperialistischen Kampfes zurück: am 9. Januar 1950 fand die erste große Demonstration gegen die US-Imperialisten in Saigon statt, auf der der Student Tran Van On von der Polizei erschossen wurde. Er ist zum Symbol der Studentenbewegung für Unabhängigkeit und Freiheit geworden; am 9. Januar 1960 wurde in seinem Andenken die Studentenunion für die Befreiung Südvietnams gegründet, die der im gleichen Jahr gegründeten FNL beitrug. Seither haben die Studenten unter unzähligen Opfern ihren Beitrag zum Befreiungskampf geleistet ...

Seit rund zwei Monaten ist nur Südvietnam von einer neuen Welle des Kampfes der Studenten und Schüler erfaßt: äußerer Anlaß war die Einführung einer "Schulbesuch-Steuer" und die Erhöhung der Papiersteuer, gegen die Schüler und Studenten sowie auch Journalisten sofort protestierten. Um die Protestbewegung zu zerschlagen, wurden am 11. 3.70 31 Studenten verhaftet, darunter Huynh Tan Mam, Interimspräsident des Allgemeinen Studentenverbandes von Saigon, und Nguyen Van Nhoi von der Berufsschule Cao

Thang, unter dem Vorwand, sie seien infiltrierte "Vietcong".

Nachdem die Saigoner Clique die Freilassung der Festgenommenen verweigerte, beschloßen die Studenten am 23. März einen dreitägigen Streik: bereits am 25. März streikten 30.000 Schüler und Studenten. 17 Studenten, Vertreter der einzelnen Fakultäten, begannen einen Hungerstreik vor dem Sitz der "Nationalversammlung". Schon am 26. März hatte sich die Zahl der im Hungerstreik befindlichen spontan auf 26 erhöht - trotz der Isolierung des Gebäudes durch Stacheldraht. Am 30. März wurden 12 von ihnen verhaftet. In einem Presse-Kommuniqué der Studenten heißt es: "Es handelt sich um die gleiche Kampagne gegen die Studenten wie die von 1963 unter dem diktatorischen Diem-Regime". Ein Saigoner Abgeordneter solidarisierte sich mit ihnen: "Die Studenten sind seit langem Gegenstand der Unterdrückung und zahlreicher Verhaftungen, wegen ihrer Liebe zur Freiheit und zum Frieden. Man kann nicht entschieden genug von der Regierung fordern, ihre Beweise, falls sie sie hat, den Gerichten vorzulegen oder unverzüglich die in illegaler Weise festgenommenen Studenten freizulassen.

Im folgenden eine Chronologie der wichtigsten Ereignisse des Frühjahrs 1970:

1.4.: Die Studenten der buddhistischen Universität Van Hanh und der Universität von Can Tho (Mekong-Delta) schließen sich dem Streik an. Die Studenten von Hue erklären sich zum Solidaritätsstreik bereit.

2.4.: Unter dem Druck, der alle Schichten der Bevölkerung erfassenden Massenbewegung läßt das Thieu-Regime 12 Studenten frei und verschiebt den Prozeß gegen Huynh Tan Mam. Inzwischen haben sich 275 Freiwillige zum Hungerstreik gemeldet und einige Studenten sind bereit, sich selbst zu verbrennen, wenn der Allgemeine Studentenverband von Saigon dies für notwendig hält.

10.4.: Am Platz des Saigoner Zentralmarktes bildet sich eine starke Demonstration mit den Losungen: "Protestiert gegen die Folter und die Brutalität gegen die Studenten" "Beendigung des Belagerungszustandes der Fakultäten durch die Polizei". Gleichzeitig wird die Berufsschule Cao Thang von der Polizei angegriffen, die Schüler verteidigen sich mit Maschinenteilen.

In den gleichen Tagen fordern die Kriegsinvaliden Entschädigung für die Verletzten der Polizeiaktion vom 5.4. in der Vorstadt Tan Phu: Die Polizei hatte auf die Invaliden geschossen, um sie von einem ~~noch~~ ~~dem~~

"zu Unrecht" besetzten Grundstück zu vertreiben. Die Invaliden tragen ihre Verletzten vor den Sitz der "Nationalversammlung" und fordern von dem Thieu-Regime eine Stellungnahme und bessere Lebensbedingungen. Der "Verband der Militärwitwen" - eine Organisation des Saigoner Regimes - protestiert gegen die furchtbaren Mißhandlungen der Invaliden. Die Zeitungen Doc Lap, Cap Tien und Thoi Tho, die über die Vorgänge berichten, werden beschlagnahmt. Die Zeitung Tin Sang, die innerhalb von 5 Wochen 7 mal beschlagnahmt wurde, kommentiert: "Die Invaliden sind das Symbol der Vergangenheit, während die Studenten das Symbol der Zukunft sind. Indem dieses Regime sich an ihnen vergeht, desolidarisiert es sich mit der Vergangenheit und der Zukunft." Die Invaliden und die Studenten bilden ein Koordinationskomitee.

12.4.: Der Schul- und Universitätsstreik wird für ganz Südvietnam ausgerufen.

13.4.: 52 Studenten und Schüler beginnen einen Hungerstreik von 72 Stunden. Ein nationales Koordinationskomitee der Studenten und Schüler wird gebildet.

15.4.: Auf einem Meeting verurteilt Nguyen Van Thang, Interimspräsident des Allgemeinen Studentenverbandes von Saigon, die "ganze Publizität des Marionettenregimes um seine angebliche Politik des Friedens, der sozialen Revolution und der Demokratie", als "eine Nebelwand zur Verschleierung ihrer Bemühungen, die in die Richtung der Verlängerung des Krieges und der tyrannischen Repression gehen."

Eine Gruppe von Parlamentariern besucht in diesen Tagen die festgenommenen Studenten im Gefängnis von Chi Hoa und 4 Studentinnen im "Umerziehungszentrum" von Thu Duc - dem berüchtigten Frauengefängnis bei Saigon. Die Studenten zeigten ihnen die Wunden der Folterungen: Nadeln wurden ihnen unter die Finger- und Zehenspitzen getrieben, die Genitalien wurden mit chemischen Stoffen oder durch Elektrofolter verbrannt.

20.4.: Tag des Prozesses gegen die Studenten: nur 17 von ihnen erscheinen vor dem Militärtribunal, in beklagenswertem Zustand. Sie zeigen den Journalisten ihre verstümmelten Körperteile: ausgerissene Fingernägel, von Geschwüren überzogene Glieder. Die 18jährige Truong Thi Kim Lien berichtet, daß sie des "Verrates" beschuldigt wurde, weil sie an einen Studenten ein Zimmer vermietet hatte. 5 Tage und Nächte lang wird sie furchtbar gefoltert: man gießt ihr Salzwasser in Mund und Nase, setzt Elektroden an den Ohren an, um einen Gehirnschock

auszulösen - zum Zweck ihr das Geständnis abzuzwingen, daß sie ein "Verbindungsagent" des Vietcong sei... Cao Thi Huong, eine andere Studentin, wurde mit Knüppeln auf die Beine geschlagen, in ein Spezialzimmer gebracht und gezwungen, der Folter ihres Mannes beizuwohnen. Man riß ihr die Kleider vom Leib und folterte sie grausam unter dem Beifall der Folterknechte, die über die Nacktheit der Studenten spotteten... Vo Ba, 23 Jahre alt, Student der Naturwissenschaftlichen Fakultät, berichtete, daß er wie seine anderen Freunde auf Fußsohlen, Arme, Finger und Schultern geschlagen wurde und an den Genitalien mit Zigarettensummeln oder Elektrodenschlägen verbrannt wurde... (AP).

Die Verteidigung hatte vor allem den rechtsbrecherischen Charakter des Prozesses hervorgehoben, da der Präsident des Tribunals von Thieu selbst ernannt worden war. In die Enge getrieben, beschloß das Militärgericht, den Prozeß an den "obersten Gerichtshof" weiterzugeben. Damit wurde zum 1. mal der illegale Charakter des Ausnahmegerichtes zugestanden. 10 Studenten sollten unter gewissen Bedingungen freigelassen werden.

22.4.: Die Studenten antworteten auf diese Verhandlung mit Demonstrationen und mit einem Kongreß, auf dem sie das Thieu-Ky-Khiem-Regime verurteilen. Die 10 freigelassenen Kommilitonen werden von ihnen zum Kongreß getragen. Die Studenten fordern: "Nieder mit der diktatorischen Verwaltung" und "Nieder mit der Repression der Folterknechte".

26.4.: In der Studentenstadt Minh Mang findet ein Fackelzug zum Gedenken an die vietnamesischen Opfer in Kambodscha statt. Tausende von Menschen beteiligen sich und fordern: "Frieden für Vietnam" und "Solidarität mit den vietnamesischen Opfern der Massaker in Kambodscha". Der Präsident des Komitees zur Verteidigung der Vietnamesen in Kambodscha, Pahn Duy Thang, erklärt u.a., daß der Krieg den Verfall der Nationalkultur und der geistigen Werte der Nation zur Folge habe, während die Wirtschaft Vietnams dem Zusammenbruch entgegengeht, nachdem die Thieu-Clique unter dem Deckmantel der "Härtepolitik" weiterhin die Steuern erhöht.

30.4.: Die Studenten der juristischen Fakultät organisieren ein Volkstribunal, wo sie die Lon Nol-Sirik Matak Clique für ihre Verbrechen an Vietnamesen in Kambodscha verurteilen.

1.5.: Tausende von Vietnamesen aus allen Schichten der Bevölkerung beteiligen sich an der Mai-Demonstration. Die Gewerkschaften hatten unter der Hauptlosung: "Brot, Wohlstand, Frieden" zur Demonstration auf-

gerufen.

Anfang April hatte Nguyen Dang Trung, ehemaliger Präsident des Allgemeinen Studentenverbandes von Saigon und jetzt einer der Führer des Saigoner Komitees der Allianz der nationalen, demokratischen und Friedenskräfte, sich in einem Brief an die Schüler und Studenten gewandt: sie könnten nicht mehr die Repression der Saigoner Verräterclique ertragen, ohne zu den Waffen zu greifen: "Wir sind entschlossen, uns zu erheben, um den Kampf auf diesem einzigen und richtigen Weg zu führen, der uns noch offensteht. Der unerbittliche, mutige Kampf unserer Studenten und unserer Bevölkerung wird über die Verwirklichung unserer demokratischen Freiheiten, unserer Zukunft und die Wiederherstellung des Friedens in Südvietnam entscheiden." ... "Der Weg, der uns noch von der Marionettenverwaltung offen gelassen wird, ist kein anderer als der der faschistischen Gerichte, der Gefängnisse, der Kasernen und einer düsteren Zukunft." Nguyen Dang Trung rief die Schüler und Studenten auf, den Kampf zu verschärfen, gegen die Zwangseinberufung, für demokratische Freiheiten, für den Sturz der Marionettenverwaltung Thieu-Ky-Khiem, für die Rückkehr des Friedens und den Abzug der US-Truppen aus Vietnam.

Gegenwärtig dauert der Kampf der Studenten an; er hat breite Unterstützung in allen Schichten der Bevölkerung in den Städten gefunden. Die wachsende Repression in den Städten, gegen alle Kräfte, die Frieden fordern, spiegelt die sich zuspitzenden inneren Widersprüche des Saigoner Regimes wider, die sich selbst in den Reihen des Marionettenregimes auswirken: am 20. Dezember 1969 organisierte die Thieu-Partei eine Gruppe von 200 Schlägern, um die "Nationalversammlung" zu überfallen. Der Überfall galt den drei Abgeordneten Hoang Ho und Trang Ngoc Chau, denen Kontakte mit der FNL vorgeworfen wurden, und Pham The Truc, der in einem Interview in Japan den Abzug der US-Truppen und die Bildung einer Koalitionsregierung verlangt hatte. Am 25. Februar hat ein Militärgericht Hoang Ho in Abwesenheit zum Tode verurteilt und Tran Ngoc Chau zu 20 Jahren Zwangsarbeit. Chau wurde am 26. Februar gewaltsam im "Unterhaus" festgenommen und unter Mißhandlungen entführt. - Am 24.1.70 wurde der Sänger Mien Duc Thang zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil seine Lieder nach der Meinung der Marionettenregierung der "Moral der Armee und der Nation" schaden könnten...

Die geschilderten Entwicklungen sprechen eine deutliche Sprache: Die Bewegung für bessere Lebensbedingungen, für demokratische Freiheiten, für die Beendigung des Krieges in den Städten erlebt gegenwärtig einen starken Aufschwung. Die US-Imperialisten und ihre Handlanger sind nicht nur außerstande, mit den Volksbefreiungskraften in den Landgebieten fertig zu werden, sondern sehen sich auch noch mit zunehmendem Widerstand in ihren städtischen Machtzentren konfrontiert. Das Kräfteverhältnis auf südvietnamesischem Boden verändert sich also zuungunsten des Imperialismus.

(Alle Nachrichten sind, sofern keine anderen Quellen angegeben sind, dem "Vietnam Courier" und dem Informationsbulletin entnommen, das vom Informationsbüro der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam in Paris herausgegeben wird.)

LAOS

Erklärung des Zentralkomitees der Patriotischen Front von Laos über die politische Lösung des Laos-Problems (6. März 1970)

Seit vielen Jahren schon haben die US-Imperialisten eine Politik der andauernden Intervention und Aggression gegen Laos betrieben, in dem Versuch, es in eine Neo-Kolonie und einen militärischen Stützpunkt der Vereinigten Staaten in Südostasien zu verwandeln.

Trotz ihrer Verpflichtungen aus den Genfer Abkommen von 1954 und den Genfer Laos-Abkommen von 1962 haben die USA die Unabhängigkeit und Souveränität von Laos mit Füßen getreten und den Frieden und seine Neutralität gefährdet. Während der letzten acht Jahre wurden ihre Einmischung und Aggression gegen Laos immer unverschämter. Die USA haben durch einen Militärputsch die Regierung der Nationalen Ein-

tracht, die vom König eingesetzt und von den Genfer Laos-Abkommen von 1962 anerkannt wurde, gestürzt und eine Marionettenverwaltung errichtet, an deren Spitze Prinz Souvanna Phouma steht und die eine sog. Politik des "Friedens und der Neutralität" betreibt. Die USA haben mit Hilfe dieser Verwaltung einen "Spezialkrieg" in Laos geführt; sie haben Bombenangriffe gegen laotisches Territorium durchgeführt und die laotische Marionettenarmee zu wiederholten und zermürbenden Angriffen auf die Gebiete, die unter der Kontrolle der Patriotischen Kräfte von Laos stehen, eingesetzt.

Den Wünschen des laotischen Volkes nach einem friedlichen, unabhängigen, neutralen, demokratischen, geeinigten und blühenden Laos entsprechend, hat die Patriotische Front von Laos stets die Genfer Laos-Abkommen von 1962 genau erfüllt. In enger Verbindung mit den Patriotischen Neutralistischen Kräften von Laos hat sie mit dem Volk dessen Recht auf Selbstverteidigung wahrgenommen; sie hat entschieden gegen den US-"Spezialkrieg" gekämpft; sie hat den zermürbenden Angriffen der US-Amerikaner und ihrer Handlanger Widerstand geleistet; sie hat ihnen tüchtige Schläge versetzt und dabei zunehmende Siege verzeichnet.

Während sie gegen die US-Intervention und Aggression kämpft, hat die Patriotische Front von Laos immer wieder ihren guten Willen für eine friedliche Lösung des Laos-Problems gezeigt. Ihr Politisches 12-Punkte-Programm und die Aufrechterhaltung ihrer Vertretung in Vientiane sind klare Beweise für ihren guten Willen.

Doch die USA und die Verwaltung von Vientiane haben alle vernünftigen und logischen Vorschläge der Patriotischen Front von Laos ignoriert. Bemerkenswerterweise haben die USA, seit Nixon das Amt des Präsidenten der USA übernahm, den Krieg in Laos mit noch größerer Hartnäckigkeit verstärkt.

Die USA haben weiteres US- und thailändisches Militärpersonal, Waffen und Kriegsmaterial nach Laos gebracht, haben die Marionettenarmee und die "Spezialeinheiten" unter dem Kommando von Vang Pao gestärkt; sie haben wiederholt zermürbende Angriffe gegen viele Gebiete, die von den patriotischen Kräften kontrolliert werden, vom Norden bis zum Süden des Landes geführt. Sie haben eine moderne Luftwaffe eingesetzt, um durch Bombardierungen in Laos die Ausrottung herbeizuführen, und auf diese Weise überaus barbarische Verbrechen gegen das laotische Volk verübt.

Seit Anfang August 1969 stellten sie ungefähr

50 Bataillone der Marionettentruppen und der thailändischen Söldner auf, führten die Operation "Kukiet" durch, um die Ebene der Tonkrüge im Gebiet von Xiengkhouang anzugreifen. Inzwischen führten sie mehrere heftige Operationen gegen die befreite Zone in Zentral- und Südlao durch. Und was besonders schwerwiegend ist, seit dem 17. Februar 1970 haben die USA B 52-Bomber und Flugzeuge anderer Typen zur massiven Bombardierung der Ebene der Tonkrüge im Gebiet von Xiengkhouang, ebenso wie in Zentral- und Südlao eingesetzt und Hunderte von Dörfern zerstört und Zivilisten grausam ermordet.

Aber die Streitkräfte und das Volk, entschlossen, die befreiten Gebiete zu verteidigen, haben die heftigen Angriffe der USA und ihrer Handlanger gegen die Ebene der Tonkrüge im Gebiet Xiengkhouang wie gegen andere Gebiete zunichtegemacht und einen wesentlichen Teil der "Spezialeinheiten", die von den USA befehligt und finanziert werden, vernichtet und einen schweren Schlag gegen die "Überlegenheit" der US-Luftwaffe geführt.

Um die "Eskalation" des Krieges in Laos durch die Nixon-Administration zu verschleiern, haben die USA und die Vientiane-Administration eine Verleumdungskampagne gegen die Patriotische Front von Laos und die DRV eingeleitet; gleichzeitig haben sie falsche Behauptungen über den "Frieden" aufgestellt, um die öffentliche Meinung in den USA und der Welt, die Nixons Aggressionskrieg in Laos verurteilt, zu täuschen.

Der Versuch der Nixon-Administration, den Aggressionskrieg zu "eskalieren", hat die gegenwärtigen Spannungen in Laos erzeugt und stellt eine ernste Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit in Indochina und Südostasien dar.

Angesichts der Spannungen in Laos bekräftigt die Patriotische Front von Laos die Notwendigkeit, den US-Krieg zu beenden und eine politische Lösung für das Laos-Problem zu finden.

Die Stellungnahme der Patriotischen Front von Laos ist folgende:

Die friedliche Regelung des Laos-Problems muß auf dem Genfer Laos-Abkommen von 1962 und der gegenwärtigen Situation in Laos beruhen. Das heißt genauer:

1. Alle Länder respektieren die Souveränität, Unabhängigkeit, Neutralität, Einheit und territoriale Integrität des Königreichs Laos, so wie es in den Genfer Vereinbarungen über Laos von 1962 vorgesehen war. Die USA müssen ihre Einmischung und Aggression in Laos beenden; 15 sie müssen die Eskalierung des Krieges be-

den, die Bombardierung von laotischem Territorium vollständig einstellen, alle US-Berater und jegliches Militärpersonal ebenso wie alle US-Waffen und jedes Kriegsmaterial aus Laos abziehen; sie müssen damit aufhören, Militärstützpunkte in Thailand und thailändische Söldner zum Zwecke der Aggression gegen Laos zu benutzen. Sie dürfen laotisches Territorium nicht mehr zum Zwecke der Intervention und Aggression anderer Länder mißbrauchen.

2. In Übereinstimmung mit den Genfer Vereinbarungen von 1962 unterläßt es das Königreich Laos, irgendein Militärbündnis mit fremden Ländern einzugehen, fremden Ländern die Einrichtung von Militärstützpunkten in Laos zu gestatten, Truppen und Militärpersonal in sein Territorium einzuführen.

Das Königreich Laos betreibt eine Politik des Friedens und der Neutralität, stellt Beziehungen mit anderen Ländern in Übereinstimmung mit den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz her und akzeptiert Hilfe von allen Ländern, sofern keine politischen Bedingungen daran geknüpft sind. Es stellt freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Prinzipien der Genfer Indochina-Abkommen von 1954 und der Genfer Laos-Abkommen von 1962 mit den anderen Ländern Indochinas her. Hinsichtlich der Demokratischen Republik Vietnam und der Republik von Südvietsnam respektiert es Vietnams Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität. Hinsichtlich des Königreichs Kambodscha respektiert es dessen Unabhängigkeit, Souveränität, Neutralität und territoriale Integrität innerhalb seiner gegenwärtigen Grenzen.

3. Respektierung des Throns; Abhaltung von freien und demokratischen Wahlen, Wahl einer Nationalversammlung und Errichtung einer demokratischen Regierung der nationalen Eintracht, die das laotische Volk aller Nationalitäten wirklich repräsentiert; Aufbau eines friedliebenden, unabhängigen, neutralen, demokratischen, geeinten und blühenden Laos.

4. Während der Periode der Wiederherstellung des Friedens bis zu den allgemeinen Wahlen für die Nationalversammlung sollen die betroffenen Parteien im Geist der nationalen Eintracht, der Gleichheit und der gegenseitigen Respektierung eine politische, beratende Konferenz abhalten, die sich aus den Repräsentanten aller betroffenen laotischen Parteien zusammensetzt, um sich mit allen Angelegenheiten von Laos zu beschäftigen und eine Provisorische Koalitionsregierung zu bilden. Die Par-

teien sollen Übereinstimmung über die Errichtung einer Sicherheitszone erzielen, um das normale Funktionieren der Beratenden Politischen Konferenz und der Provisorischen Koalitionsregierung zu gewährleisten, - ohne jeden Versuch der Sabotage oder des Druckes durch Kräfte innerhalb oder außerhalb von Laos.

5. Die Vereinigung von Laos soll durch Beratungen zwischen den laotischen Parteien auf der Grundlage der Gleichheit und der nationalen Eintracht erreicht werden. Bis zu dieser Vereinigung soll keine der Parteien Gewalt anwenden, um die Gebiete, die vom andern kontrolliert werden, an sich zu reißen oder anzugreifen. Die pro-amerikanischen Kräfte müssen sofort aus den Gebieten abziehen, die sie illegal besetzt haben, und diejenigen Menschen an ihren Heimatorten wieder ansiedeln, die von dort durch Gewalt vertrieben wurden; gleichzeitig müssen sie Schadenersatz für die Schäden, die sie jenen zugefügt haben, bezahlen. Jede Partei verpflichtet sich, sich der Diskriminierung und der Repressionen denjenigen gegenüber zu enthalten, die mit der anderen Seite zusammengearbeitet haben.

+ + +

Die oben angeführte Stellungnahme der Patriotischen Front von Laos über die Regelung des Laos-Problems stimmt mit den ernsthaften Wünschen des laotischen Volkes überein und steht in Einklang mit den Interessen des Friedens und der Sicherheit in Indochina, Südostasien und der Welt. Sie ist eine gerechte Basis für eine Lösung des Laos-Problems.

Das Laos-Problem muß von den betroffenen laotischen Parteien geregelt werden. Um Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die betroffenen laotischen Parteien treffen können, müssen die Vereinigten Staaten als sofortigen Schritt die Eskalierung des Krieges beenden und die Bombardierung von laotischem Territorium bedingungslos einstellen.

Das laotische Volk wünscht sehnlichst Unabhängigkeit, Freiheit und Frieden. Wenn die USA hartnäckig auf ihren aggressiven Absichten bestehen, dann sind die Patriotische Front von Laos, die Patriotischen Neutralistischen Kräfte von Laos und das laotische Volk entschlossen, bis zum vollständigen Sieg zu kämpfen.

Die Patriotische Front von Laos ruft das laotische Volk aller Nationalitäten dringend dazu auf, sich eng um das militante Bündnis zwischen der Patriotischen Front von Laos und den Patriotischen Neutralistischen Kräften von Laos zusammenzuschließen; seine Wachsamkeit zu

erhöhen, bereit und entschlossen zu sein, alle Militärpläne und betrügerischen Absichten der USA und ihrer Handlanger zu zerschlagen, um die befreite Zone zu verteidigen, die grundlegenden nationalen Rechte zu schützen und zur Erhaltung des Friedens in Indochina und Südostasien beizutragen.

Die Patriotische Front von Laos ruft dringend alle Frieden und Gerechtigkeit liebenden Regierungen, die Völker der Welt und das Volk der USA auf, den gerechten Kampf des laotischen Volkes nachdrücklich zu unterstützen, und fordert entschlossen, daß die USA ihren Aggressionskrieg in Laos beenden und - als ersten Schritt - die Bombardierung von laotischem Territorium vollständig einstellen. Von der breiten Sympathie und der starken Hilfe der Völker der Welt unterstützt, ist das gesamte laotische Volk - eng vereint - sicher, die US-Aggressoren und ihre Handlanger zu schlagen und erfolgreich ein friedliebendes, unabhängiges, neutrales, demokratisches, geeintes und blühendes Laos aufzubauen.

Befreites Gebiet von Laos
6. März 1970

(Gekürzte Übersetzung aus: Statement by the Central Committee of the Lao Patriotic Front on a political settlement of the Lao Problem, Neo Lao Haksat Publications, March 1970)

VIETNAM - COURIER

Erscheint wöchentlich in Hanoi in englischer und französischer Sprache, bringt Dokumente, Analysen und Berichte über Politik, Wirtschaft und Militärwesen in Nord- und Südvietnam, Laos, Kambodscha und Indochina.

Bestellungen über die Redaktion des "Anti-imperialistischen Informationsbulletins".

REFERAT UND MATERIALIEN ZUM US-KRIEG IN VIETNAM

Herausgegeben vom Zentralen Ausschuss der Kampagne für Demokratie und Abrüstung.
Autoren: Jutta von Freyberg, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Frank Werkmeister.

52 Seiten, Selbstkostenpreis: 2,- DM.
Bestellungen bei: Frank Werkmeister
3551 Wehrda bei Marburg, Unter den Eichen
Nr. 33

KAM- BODSCHA

Botschaft und feierliche Erklärung von
Samdech Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt
von Kambodscha (23. März 1970)

[...] Gegenwärtig sind Freiheit, Demokratie, relativer Wohlstand, Einheit und nationale Eintracht, deren sich unser Volk noch vor kurzem erfreuten, vollständig vernichtet.

Unseren Soldaten wurde befohlen, die Verteidigung der Grenzen und des Territoriums unseres Landes aufzugeben und sich gegen ihre eigenen Landsleute zu wenden und all jene grausam zu unterdrücken, die es wagen, auch nur die schwächste verbale Opposition gegenüber der neuen faschistischen Macht, die dem US-Imperialismus dient, zu zeigen.

Das ist keine Anschuldigung von mir, sondern eine offensichtliche Tatsache, die von allen heilsichtigen Beobachtern in der Welt gesehen wird.

Die Lon Nol-Sisowath Sirik Matak-Cheng Heng-Clique erklärte, ich sei ein "Verräter" und hätte mein Land an fremde Länder "verkauft", weil ich verhindern wollte, daß unsere Nation einerseits ihren guten Ruf der Weisheit und Reife verliert, und andererseits in Zukunft in große Gefahr gerät, indem sie leichtsinnig und mit unangebrachter Feindseligkeit das sozialistische Vietnam provoziert, welches die USA, die reichste und größte Militärmacht der Welt, nicht in die Knie zwingen konnten.

[...]

Die Millionen Khmer im Inland und die Tausende von Khmer im Ausland werden mit Sicherheit sehr bald das Banner des Aufstandes gegen die reaktionäre Lon Nol - Sirik Matak - Cheng Heng-Clique und ihre Herren, die US-Imperialisten, erheben. Die patriotischen Khmer werden diese Verräter stürzen und ihre Komplizen wie ihre US-Herren aus unserem Lande verjagen; nach dem Sieg werden unsere Patrioten ein neues Kambodscha aufbauen, dessen Macht für immer in den Händen der fortschrittlichen, fleißigen und werktätigen Bevölkerung liegen wird, die die Sicherheit gibt, daß unser Mutterland eine helle Zukunft mit sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit für alle Khmer haben wird.

Der Verrat, die Feigheit, die Verleumdungen und die verachtungswürdigen Angriffe der Reaktionen haben meine Augen geöffnet und mir meine unentschuldbare Naivität und mein Fehlurteil schmerzlich bewußt gemacht, auf Grund derer ich glaubte, daß ein freies, demokratisches, friedliebendes, blühendes und glückliches Land mit der Hilfe solcher unverbesserlichen Personen, korrupten bourgeoisen Elementen und Prinzen, Faschisten, Reaktionen und solchen, die die gegenwärtige "Regierung" und das "Parlament" von Phnom Penh bilden, aufgebaut werden könnte.

Der "schwere Schlag", den sie mir zufügten und weiterhin zufügen, ist mir eine schmerzliche aber nützliche Lehre, eine Lehre, die ich mein Leben lang nicht vergessen werde.

Angesichts meiner Fehleinschätzung würde ich die Funktion als Staatsoberhaupt nach dem sicheren Sieg unseres Volkes über seine Feinde und reaktionären Unterdrücker und deren Herren, die US-Imperialisten, niederlegen. Und bei dieser Gelegenheit werde ich unserer fortschrittlichen Jugend und dem werktätigen Volk die Möglichkeit geben, die Verantwortung für den nationalen Aufbau und die Verteidigung in Zusammenarbeit mit der ganzen Nation zu übernehmen.

Unter den gegenwärtigen Umständen ist meine Aufgabe noch nicht erfüllt, weil ich den verräterischen Reaktionen niemals erlauben werde, mit Hilfe der Macht des US-Dollars und der Bajonettspitzen weiterhin mutwillig die Ideale, Gesetze und grundlegenden Prinzipien des Staates ungestraft mit Füßen zu treten.

In diesem Sinne erkläre ich feierlich das folgende:

1. In meiner Eigenschaft als legales Staatsoberhaupt von Kambodscha - eine höchste Position, die mir vom Khmer-Volk einmütig gegeben wurde - löse ich unwiderruflich die Lon Nol-Regierung und beide Häuser des Parlaments auf, die ihren verfassungsmäßigen Eid und die Verfassung des Königreichs verraten haben.

2. Ich rufe alle meine Landsleute und alle in Kambodscha lebenden Ausländer auf, die Dekrete (Prakas, Kret), Gesetze (Kram), Befehle, Botschaften, Rundschreiben, Urteile, alle Arten von Entscheidungen und Verbote, die die Lon Nol - Sirik Matak - Cheng Heng - Gruppe und ihre Komplizen oder Diener herausgebracht haben oder herausgeben werden, nicht anzuerkennen und auszuführen.

18 3. Eine neue Regierung der nationalen Eintracht wird errichtet werden. Ebenso wird eine Provisorische Beratende Versammlung einberufen werden.

den (, die der Regierung helfen soll), deren Mitglieder qualifizierte Repräsentanten von allen Kreisen der Khmer-Gesellschaft sein werden (Mönche, Bauern und Farmer, Arbeiter und andere Werktätige, Kaufleute und Industrielle, Soldaten, Polizisten, Provinzgarde, Jugend und Intellektuelle, Funktionäre, Frauen usw.).

4. Es wird eine Nationale Befreiungsarmee gebildet werden.

5. Alle Khmer-Bürger im In- und Ausland - die Geistlichen und Juristen, Soldaten und Zivilisten, Männer und Frauen -, die an den Idealen der Unabhängigkeit, Demokratie, Neutralität, des Fortschritts, des Sozialismus, Buddhismus und Nationalismus festhalten und die für territoriale Integrität des Landes innerhalb seiner bestehenden Grenzen, für Anti-Imperialismus und Anti-Neokolonialismus eintreten, werden sich zusammenschließen, um eine Einheitsfront mit dem offiziellen Namen "Nationale Einheitsfront von Kambodscha" (Abkürzung F.U.N.K.) zu bilden.

Die wesentlichen Aufgaben der F.U.N.K. bestehen in folgendem:

I. Befreiung unseres Mutterlandes von der Diktatur und der Unterdrückung durch die reaktionäre und proimperialistische Lon Nol - Sirik Matak - Cheng Heng - Clique.

II. Kampf gegen die US-Imperialisten, die in unser Indochina eingefallen sind und seine Völker unterdrücken und Ungerechtigkeit, Krieg und alle Arten von Unheil, Feindseligkeit und Zwietracht, Unruhen, Verbrechen und Unglück über unsere drei Völker - der Khmer, Vietnamesen und Laoten - bringen; und dieser Kampf wird Seite an Seite mit den sozialistischen, fortschrittlichen, antiimperialistischen Ländern und Völkern - in der Nähe und in der Ferne - und mit ihrer vollen Unterstützung geführt werden.

III. Unser Land soll wiederaufgebaut werden; es soll so schnell wie möglich auf dem Weg des Fortschritts vorankommen, der unseren Siegen über unsere Feinde folgen wird. Diese Aufgabe des Wiederaufbaus muß von uns allen, dem Volk der Khmer, wie in Zeiten des harten Kampfes im Geist der Kameradschaft, Solidarität und der vollständigen Einheit erfüllt werden.

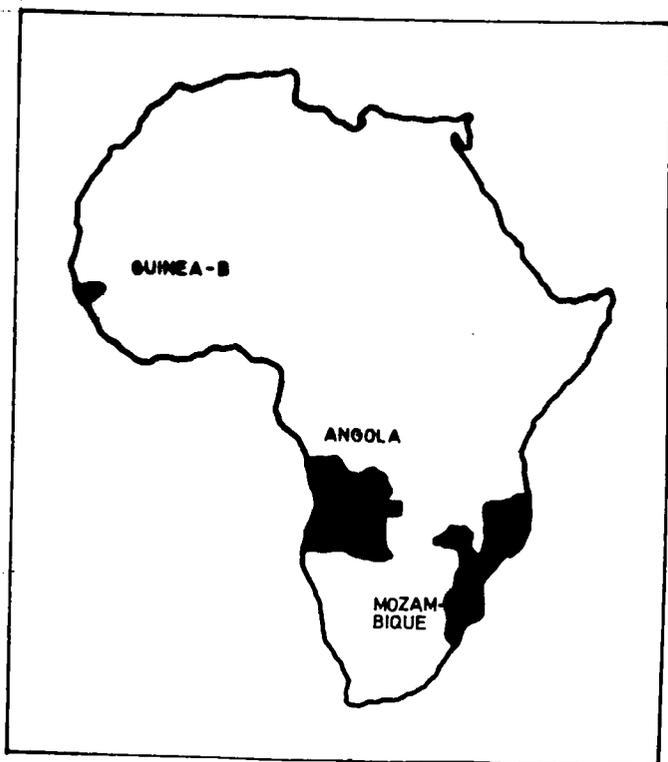
[...]

Lang lebe Kambodscha!

N.Sihanouk

(Gekürzte Übersetzung nach maschinschriftlichen Materialien, die der Redaktion vom Informationsbüro der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams in Paris zur Verfügung gestellt wurden.)

ANGOLA GUINEA (BISSAU) MOZAMBIQUE



Der portugiesische Kolonialbesitz¹⁾ in Afrika:

ANGOLA

Fläche: 1.246 700 qkm; Einw.: 5 293 000 (1967);
Verwaltungssitz: Luanda; wichtigste Exportgüter: Kaffee, Sisal, Mais, Fischmehl, Trockenfisch, Eisenerz, Manganerz, Diamanten.

1490 Entdeckung durch die Portugiesen. Hauptumschlagplatz des portugiesischen Sklavenhandels. Der Bevölkerungsverlust durch den Sklavenhandel wird auf 6 Mio. Menschen geschätzt. Die Berliner Konferenz (1885) legte die Grenzen Angolas fest. Die militärische Eroberung konnte erst 1922 abgeschlossen werden.

1954 wurde der Bund der Völker Nordangolas gegründet. Seine Umbenennung in Bund der Völker Angolas (UPA) erfolgte 1958. Offiziell tritt diese von Holden Roberto geführte Bewegung, die eine Exilregierung (GRAE) im Kongo (K) errichtet hat, für die völlige Unabhängigkeit Angolas ein. Sie wird durch US-amerikanische

Kreise maßgeblich beeinflusst, und die Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) hat ihr inzwischen die Unterstützung entzogen.

1956 wurde die MPLA (Movimento Popular de Libertacao de Angola) gegründet, die am 4.2. 1961 den bewaffneten Kampf aufnahm. Heute führt sie bereits in 10 der 15 Distrikte den bewaffneten Kampf.

"Portugiesisch" Guinea (GUINEA-BISSAU)

Fläche: 36 125 qkm; Einw.: 527 000 (1967);
Verwaltungssitz: Bissau; wichtigste Exportgüter: Erdnüsse, Rohgummi, Palmöl, Kokosnüsse, Holz, Leder, Reis.

Die Partido Africano da Independencia da Guine e Cabo Verde (PAIGC) wurde am 19.9.1956 gegründet. Am 3.8.1961 erklärte sie, daß sie den bewaffneten Kampf vorbereite. Im Januar 1963 wurde die Südfront und im Juni die Nordfront eröffnet. Heute sind bereits 2/3 des Landes befreit. In den befreiten Gebieten hat der nationale Wiederaufbau begonnen.

MOZAMBIQUE

Fläche: 783 030 qkm; Einw.: 7 124 000 (1967);
Verwaltungssitz: Laurengo Marques; wichtigste Exportgüter: Zitrusfrüchte, Baumwolle, Bauxit, Beryll, Asbest, Kohle.

1960 bildeten sich die ersten afrikanischen Parteien. 1962 entstand die Frente de Libertacao do Mocambique (FRELIMO). Auf ihrem ersten Kongreß (Sept. 1962) wurde der Beginn des bewaffneten Kampfes proklamiert. Heute hat sie bereits die Provinzen Niassa und Cabo Delgado befreit. Im Süden ist es für sie schwierig, den Kampf zu führen, da die Portugiesen hier Verstärkung durch das benachbarte Rhodesien und die Republik Südafrika bekommen.

FRELIMO, PAIGC und MPLA haben sich zu einer gemeinsamen Organisation mit dem Namen Kongreß der nationalen Organisationen der portugiesischen Kolonien (CONCP) zusammengeschlossen.

(Detailliertere Informationen über die portugiesischen Kolonien sind für Nr. 3 dieses Informationsbulletins vorgesehen, das voraussichtlich Ende Juli erscheint.)

- 1) Seit 1963 haben alle Kolonien den politisch-administrativen Status einer "Überseeprovinz", d.h. sie verfügen theoretisch über Verwaltungs- und Finanzautonomie.

Gemeinsame Erklärung der FRELIMO, MPLA und PAIGC vom 22. Januar 1970 zur bevorstehenden Konferenz in Rom - Juni 1970

Portugal ist ein kleines Land, praktisch ohne eigene wichtige Industrie und angewiesen auf fremde Unterstützung für seine zentralen Produkte. Im Bereich der militärischen Ausrüstung ist diese Abhängigkeit nahezu vollständig: der Besitz von Flugzeugen, Kriegsschiffen, Maschinengewehren, allen anderen Gewehr- und Munitionstypen wird nur durch fremde Hilfe ermöglicht.

Auf der anderen Seite verfolgt die portugiesische Regierung in den Kolonien, besonders seit 1965, eine Politik der offenen Tür, die sich zum Ziel gesetzt hat, das internationale Kapital für Investitionen zu interessieren, um sich dadurch die Loyalität der kapitalistischen Mächte gegenüber dem portugiesischen Kolonialabenteurer zu sichern. Die Internationalisierung des Raubes korrespondiert so mit einer wesentlich internationaleren Art der Aggression.

Unter diesen Bedingungen wird es für uns unbedingt notwendig, internationale Solidarität mit den Völkern jener Länder zu entwickeln, deren Regierungen das portugiesische Kolonialregime unterstützen. Dies sind in der Mehrzahl die Länder, die Mitglieder der NATO sind. Um dieses Ziel zu fördern, wird in Rom, Italien, eine Internationale Solidaritätskonferenz mit den Völkern der portugiesischen Kolonien, als Fortsetzung der Khartoum-Konferenz vom Januar 1969 stattfinden. Der Vorbereitungsausschuß traf sich am 22. Januar in Rom unter der Teilnahme zahlreicher nationaler und internationaler, politischer und gewerkschaftlicher Organisationen sowie der Komitees zur Unterstützung des Kampfes der Völker in den portugiesischen Kolonien, welche sich in den verschiedenen europäischen

Ländern gebildet haben. Das Vorbereitungstreffen legte als Termin für die Konferenz den 27., 28. und 29. Juni 1970 fest. Die Hauptpunkte der Diskussion werden sein: 1) der Fortschritt im bewaffneten Befreiungskampf; 2) die Arbeit des nationalen Wiederaufbaus; 3) die juristischen Probleme, die durch den Befreiungskampf und die portugiesische Unterdrückung aufgeworfen werden; und insbesondere 4) die Hilfe, die Portugal von den NATO-Ländern erhält und welche Aktionen dagegen zu unternehmen sind.

Ein internationales Vorbereitungskomitee wurde eingerichtet, bestehend aus: 1) den Befreiungsbewegungen der portugiesischen Kolonien, repräsentiert durch die CONCP; 2) dem Mobilisierungskomitee, das auf der Khartoum-Konferenz gegründet worden war; und 3) dem italienischen Initiativkomitee.

Dem italienischen Initiativkomitee, das die antikolonialistischen Kräfte in Italien - politische, gewerkschaftliche, Widerstands- und Jugendorganisationen - umfaßt, wurden die Organisierungsaufgaben für die Konferenz in Rom anvertraut. Ausgedehnte Vorbereitungsarbeit auf dem Gebiet der Information und Mobilisierung wird der Konferenz vorausgehen, um ihren Erfolg zu sichern.

Daß diese Konferenz in Westeuropa stattfindet, wird den Aktivitäten dieser Völker gegen die Unterstützung der portugiesischen Kolonialpolitik durch ihre Regierungen starken Auftrieb geben; diese Unterstützung besteht aus militärischer, politischer, finanzieller und diplomatischer Hilfe und ist heute eines der Haupthindernisse für die Befreiung unserer Völker.

Mögen die 70er Jahre eine Periode der Entwicklung einer großen internationalen Solidaritätsbewegung mit den Völkern von Angola, Mozambique, Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln sein (...)

Inzwischen sind neun Jahre vergangen, seit die angolesischen Patrioten der Volksbewegung für die Befreiung von Angola die ersten Schüsse gegen das Gefängnis in Luanda feuerten und so den Prozeß der Befreiung in den portugiesischen Kolonien auf eine neue Stufe hoben. Zu einem Zeitpunkt, als die Kolonialsysteme im übrigen Afrika, in der ganzen Welt und vom Lauf der Geschichte verurteilt, bereits am zusammenbrechen waren, verschärfte die portugiesische Regierung ihre jahrhundertalte Politik der Unterdrückung, Beherrschung und der Opposition gegenüber dem Fortschritt und setzte der Möglichkeit, die Unabhängigkeit mit friedlichen Mitteln zu erreichen, endgültig ein Ende.

Appelle an die internationale öffentliche Meinung, die ständige Verurteilung des portugiesischen Kolonialismus durch internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und wiederholte direkte Apelle an die portugiesische Regierung haben nicht vermocht, die koloniale Situation zu beenden.

Der Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes durch die Völker von Angola, Guinea-Bissau, den Kapverdischen Inseln und Mozambique erschien historisch als der einzige noch mögliche Weg, der unseren Völkern und unseren nationalistischen Bewegungen für die Befreiung noch offenstand.

So griff unser Volk zu den Waffen und erfüllte damit seine eigene Bestimmung und wurde zum Vollstrecker der eigenen Befreiung. Heute genießen die Menschen in großen Gebieten von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique, die von der portugiesischen Herrschaft befreit worden sind, wieder ihre Rechte. Der nationale Aufbau wird in diesen Gebieten mit Hilfe von Programmen für Erziehung, medizinische Hilfe und ökonomische Reorganisation vöhrbracht und gibt dem Volk zum ersten Mal seit Jahrhunderten die Möglichkeit, am Aufbau der eigenen nationalen Gesellschaft teilzunehmen. Der bewaffnete Befreiungskampf breitet sich in immer größere Regionen aus und stellt dabei die koloniale Anwesenheit der Portugiesen in unseren Ländern radikal in Frage.

Der Kampf für unsere Freiheit und Unabhängigkeit ist eng verbunden mit der Entwicklung der Freiheit überall in der Welt. Zuallererst mit der Sache der Völker von Südafrika, Zimbabwe und Namibia, unterdrückt wie wir durch die rassistische und faschistische Koalition Portugals, Südafrikas und Rhodesiens, die sich zum Ziel gesetzt hat, dieses ganze südliche Gebiet von Afrika in einem Stadium der Not und der ständigen Sklaverei zu halten. Aber unser Kampf nimmt auch internationale Proportionen an - wegen der breiten Unterstützung, die Portugal von gewissen westlichen Mächten erhält. Unser Kampf beweist jeden Tag mit größerer Klarheit, daß ohne intensive Hilfe die portugiesische Regierung keinen Krieg an drei Fronten führen könnte: ohne die massive Versorgung mit Waffen und militärischer Ausrüstung aller Art und die politische, finanzielle und diplomatische Hilfe, die von gewissen westlichen Ländern gegeben wird, besonders denjenigen, die Mitglieder der NATO sind. Diese Solidarität mit der Unterdrückung und Ausbeutung der Kolonien verlangt nach der Solidarität aller freien Menschen und der progressiven Kräfte in

der Welt. Sie verlangt besonders nach der Solidarität jener Völker, deren Regierungen moralisch und materiell das faschistische portugiesische Regime und dessen Kolonialpolitik unterstützen.

In diesem Zusammenhang ist durch die Entwicklung unseres Kampfes die Mobilisierung der öffentlichen Meinung im Westen zu einer Aufgabe von größter Wichtigkeit geworden. Schon die Solidaritätskonferenz für die Völker der portugiesischen Kolonien und Südafrikas, die vor einem Jahr in Khartoum stattfand, zeigte eine starke Tendenz zur Solidarität und Freundschaft für unseren Kampf und unsere Völker.

Nun macht es der Prozeß unseres Kampfes notwendig, eine Konferenz in Westeuropa abzuhalten, um eine ausgedehnte Mobilisierung der Weltmeinung und die Schaffung einer Massenbewegung zu bewirken, die fähig ist, eine Änderung in der Haltung und Richtung bei jenen Regierungen herbeizuführen, die noch immer die Kolonialpolitik des portugiesischen faschistischen Regimes unterstützen.

Diese Konferenz hat auch zum Ziel, die Mobilisierung der Kräfte der Solidarität mit den Völkern der Kolonien auf dem Gebiet der praktischen Unterstützung des Kampfes und der Rechte dieser Völker zu verstärken. (...) Wir, die nationalen Befreiungsbewegungen der portugiesischen Kolonien, die Befreiungsfront von Mozambique, die Volksbewegung für die Befreiung Angolas, die Afrikanische Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln, bitten alle Organisationen, politischen Parteien, Gewerkschaften und Individuen - alle, die den gerechten Kampf der Völker der portugiesischen Kolonien unterstützen - an der internationalen Unterstützungskonferenz teilzunehmen und den Ausdruck und den Inhalt ihrer Solidarität zu verstärken. Um nicht in Sentimentalität zu zerfließen, muß diese Solidarität Ausdruck einer starken Verbundenheit des Kampfes der Völker der portugiesischen Kolonien gegen den Kolonialismus und Imperialismus mit den Aktionen der Völker in Europa für Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt sein.

Wir rufen all diese Kräfte dringend auf, in Kooperation mit dem Vorbereitungs Komitee der Konferenz an der Arbeit der Information und Mobilisierung, die der Konferenz vorausgehen wird, um ihren Erfolg zu sichern, teilzunehmen.

21

Wir hoffen, daß diese Konferenz helfen wird, eine große **Solidaritätsbewegung aufzubauen**, deren Aktivitäten dazu führen werden, die portugiesische Regierung zu isolieren und

der Hilfe, die sie von gewissen westlichen Regierungen bekommt, ein Ende zu setzen. Darin liegt eine wertvolle Form der Unterstützung unseres Kampfes, ein historischer Beitrag für unsere Befreiung.

Befreiungsfront von Mozambique - FRELIMO
Volksbewegung für die Befreiung von
Angola - MPLA
Afrikanische Unabhängigkeitspartei von
Guinea und den Kapverdischen Inseln -
PAIGC

Rom, 22. Januar 1970

(Aus: Mozambique Revolution, No. 42, Januar - März 1970)

Barbara Schilling / Karl Unger

Materialien zur ökonomischen und militärischen Unterstützung der portugiesischen Kolonialpolitik durch die BRD

Um sich die jahrhundertlang ausgeplünderten und stagnierenden Länder des portugiesischen Kolonialreiches in Afrika, die sich heute von der Fessel der Herrschaft Portugals befreien, zu erhalten, bemüht sich die Regierung in Lissabon, mit Hilfe ausländischen Kapitals ihre "Überseeprovinzen" zu "entwickeln". Der Haupteffekt dieser "Entwicklungsstrategie" liegt auf der Hand: Indem das internationale Kapital durch günstige Bedingungen zu Investitionen angezogen wird, kann Portugal hoffen, daß die militärische Unterstützung seines konterrevolutionären Kampfes durch die kapitalistischen Länder weiterhin und in immer größerem Ausmaß erfolgt.

Die westdeutschen Kapitalgruppen ließen sich natürlich die einmaligen Bedingungen in Mozambique und Angola nicht entgehen:

- Das größte Projekt, an dem westdeutsche Firmen maßgeblich beteiligt sind, ist der Cabora-Bassa Staudamm in der Provinz Tete in Mozambique. Dieses riesige Projekt (nach seiner Fertigstellung wird es der größte Staudamm Afrikas sein) wird, nachdem unter dem Druck der öffentlichen Meinung in Schweden die Firma ASEA von dem Projekt zurückgetreten ist, von einem internationalen Konsortium unter der Führung der Siemens AG und der Compagnie Général d'Entreprises Electriques ausgeführt. Von westdeutscher Seite betelli-

gen sich noch daran: AEG-Telefunken, Brown Boverie & Cie. AG, Hochtief AG und J.M. Voith GmbH. Außerdem gehören dem Konsortium eine portugiesische, drei südafrikanische und neun französische Firmen an. Die westdeutschen Lieferungen sind durch staatliche Hermes-Bürgschaften abgesichert. Die in Cabora-Bassa erstmals angewandte Technologie einer Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung (H-G-U Technik) für eine Freileitung von rund 1500 km ist überdies mit Bundesmitteln entwickelt worden.

Der politisch-strategische Stellenwert des Cabora-Bassa Damms liegt einerseits in der Möglichkeit, dort jetzt weiße Siedler anzusiedeln. Andererseits ist dieses Projekt ein wichtiger Baustein für die von den Kolonialisten und Rassisten in Portugal, Rhodesien und der Südafrikanischen Republik (SAR) angestrebten Wirtschaftsgemeinschaft.

Die Gesamtkosten des Projekts werden sich auf 1,6 Mrd. DM belaufen. Nach seiner Fertigstellung (1975) wird er 4.000 Megawatt liefern. Die Südafrikanische Republik wird 1,2 Pfg. pro kwh bezahlen. (Quellen: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 21.12.1969; Portugal Report (PR), H. 10/1969; PR, H. 8/1969; Übersee Rundschau, H. 7-8/1969; Frankfurter Rundschau (FR), 19.3.1970; Industriekurier (IK) 11.4.1970; FR, 27.5.1970)

- Die Urangesellschaft mbH (Frankfurt/Main) hat kürzlich für Angola und Mozambique ein Prospektionsabkommen unterzeichnet. (FR, 3.3.1970)
- Die Gelsenkirchner Bergwerks AG hat in Mozambique auf einem Gebiet von 23.000 qkm Erdölkonzessionen. (PR, H. 8/1969)
- Hauptagent der westdeutschen Industrie in Angola ist ohne Zweifel die Firma Krupp. 1960 erwarb sie für 43,3 Mio US-Dollar die Rechte zur Ausbeutung aller angolesischen Bodenschätze mit Ausnahme von Diamanten, Erdöl, Kohlenwasserstoff- und Bitumenprodukten. Außerdem hat Krupp das Monopol auf Förderung, Transport und Finanzierung der Anlagen, wie z.B. der Eisenbahn aus dem Gebiet von Cuima nach Mocamedes. Die von Krupp-Mineralogen entdeckten Eisenerzlager von Cassinga gelten als eine der reichsten Afrikas. Heute werden ca. 15.000 t täglich gefördert. Bis 1964 hatte Krupp bereits 500 Mio. DM investiert. Inzwischen sind die Schürfrechte des Konsortiums, dem Krupp angehört, auf 277.000

qkm erweitert worden. Dies entspricht ca. der dreifachen Fläche Portugals (Quellen: Boavida, A., Angola - Zur Geschichte des Kolonialismus, Ffm, 1970, S.96 ff.; IK, 18.3.1965; NZZ, 21.12.1969).

- Der Großplantagenbesitzer Georg von Opel und das Hamburger Transportunternehmen U.J. Jessen & Co. beherrschen über die Herman-Opelana-Gruppe den Wohnungsbau in Luanda (Angola). Sie besitzen überdies Sisalpflanzungen und Manganerzgruben und sind dabei, im Gebiet von Cassinga ein Manganerzlager zu erschließen. (Handelsblatt (HB), 20/21.3.1964)
- Die in westdeutschem Besitz befindliche Sociadada Luso-Alema Ida., Luanda (Stammkapital 1,5 Mio. DM) besitzt Sisalpflanzungen und beliefert Großplantagen in Angola mit westdeutschen Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen. (Blick durch die Wirtschaft (BW), 24.4.1963)
- Die Socar Companhia das Carnes de Angola AG (die Aktienmehrheit besitzt eine westdeutsche Industriegruppe, 1/4 stellt der portugiesische Staat) erhielt die Staatskonzession für die gesamte Viehzucht und deren industrielle Verwertung in Angola. (HB, 20/21.3.1964)
- Für dieses Unternehmen haben westdeutsche Firmen in Mocamedes Kühlanlagen errichtet. (ebd.)
- Der Hafen von Luanda wird von westdeutschen Firmen ausgebaut. (BW, 24.4.1963)
- Auf den Kapverdischen Inseln wurde westdeutsches Kapital in der Höhe von mindestens 12 Mio. US-Dollar investiert. Geplant sind die Einrichtung eines Industriekomplexes für Fischerei und Konservierung auf der Insel Sel sowie eines Touristenzentrums auf der Insel Boavista. (Communique der PAIUC vom 26.4.1969)

Für diese Konzessionen in den portugiesischen Kolonien gibt die westdeutsche Wirtschaft auch finanzielle Hilfe. Z.B. gaben die deutschen Girozentralen und die Deutsche Unionsbank eine Anleihe von 60 Mio. DM. Dabei übernahm die portugiesische Regierung die Transfergarantie. Außerdem gehört die BRD zu den wichtigsten Handelspartnern von Portugal, Mozambique und Angola. (PR, H. 3/69; Massart, J.J./Suetens, N., L'espace commun portugais, Bruxelles, 1969, S. 121 ff)

Zur Sicherung der westdeutschen Investitionen in den Kolonien, die jetzt natürlich durch den Kampf der Befreiungsbewegungen

gefährdet sind, hat sich die Bundesregierung ebenfalls bereit gefunden. Sie unterstützt durch massive Militärhilfe den portugiesischen Kolonialkrieg. Strategisch ist dies nicht nur unter dem Gesichtspunkt des unmittelbaren Schutzes wichtig, sondern vor allem auch in bezug auf die Republik Südafrika, die ja der Hauptstützpunkt des westdeutschen Kapitalismus in Afrika ist. Eine Niederlage Portugals in Mozambique und Angola würde die Pläne der Bildung eines einheitlichen rassistischen weißen Blockes im Süden Afrikas zerstören, wesentlich zur Isolierung des Vorster- bzw. Smith-Regimes führen und damit auch die westdeutschen Kapitalanlagen in dieser Region gefährden.

Soweit sich ermitteln ließ (Fast alle folgenden Angaben sind entnommen aus: Bosgra/van Krimpen, Portugal and NATO, Amsterdam 1969. Ein Teilabdruck erschien in: "Blätter für deutsche und internationale Politik", H.3/1970. Im folgenden sind immer die Originalquellen angegeben.) besitzen die Portugiesen folgende Waffen und Ausrüstungsgegenstände aus der BRD:

- 40 Kampfflugzeuge Fiat G 91, die 1966 geliefert wurden. Diese Flugzeuge zeichnen sich vor allem dadurch aus, daß sie mit verhältnismäßig kurzen Start- und Landebahnen auskommen. (FAZ, 29.1.1966; Wehr und Wirtschaft, H. 10/1966; Die Weltwoche, 23.8.1968)
- 110 mit 37 mm Raketen bestückte Dornier Do-27. Die letzten 20 trafen 1969 in Portugal ein. 48 Stück lieferte die Firma Dornier, den Rest die Bundeswehr. (Cockpit, H. 3/1968)
- 8 Transportflugzeuge Nord 2502 Noratlas. (Eigene Recherchen von Bosgra/van Krimpen)
- 60 Düsenjäger F-86 K Sabre. Dabei wäre es fast zu einem Skandal gekommen, da die Bundesregierung diese in Kanada hergestellten und von Kanada gekauften Flugzeuge trotz des ausdrücklichen Verbotes der kanadischen Regierung an Portugal weitergab. (Die Zeit, 1.9.1967)
- 111 Fouga-Magister. Über diese Transaktionen berichteten der Vertreter der Befreiungsbewegung Mario de Andrade vor der UNO, die brasilianischen Zeitungen "Vorrei-ro da Manha" und "Tribuna de Imprensa" am 27.10.1966 sowie das "Deutsche Panorama" am 19.1.1967. Brasilien übernahm bei diesen Geschäften die Rolle des Zwischenhändlers. Sowohl die brasilianische Regierung wie **23** die Bundesregierung leugnen diese Transaktion. (UNO-Official Records of the Gene-

ral Assembly 21st Session (1966), Fourth Committee, New York, 1967, S.293)

- ca. 10 Hubschrauber Saro Skeeters. (Cockpit, H. 9/1969)
- 8 Patrouillenboote. Sie wurden 1961/62 von der Bayrischen Schiffbau-Gesellschaft geliefert. (Revista de Marinha 9/1965)
- Bei Blohm & Voss werden gegenwärtig drei Fregatten von 1365 t gebaut. Es sind dies die größten Aufträge, die eine Werft aus der BRD seit 1945 bekommen hat. Die Schiffe sind mit Geschützen vom Kaliber 40 und 76 mm bestückt. Wegen ihres geringen Tiefgangs sind sie besonders für den Flußkampf geeignet. (NZZ, 6.7.1969)
- eine nicht näher bekannte Anzahl von Tanks (M-41 und M-47), sowie Artillerie, UNIMOGs und schwere Transportfahrzeuge wurden ebenfalls geliefert. (Defeca Nacional, 1-2/1966)
- G-3 Gewehre werden von den Portugiesen in Lizenz hergestellt (ebd.)
- 10.000 israelische Maschinenpistolen vom Typ UZI wurden nach Angola geliefert. Sie tragen alle am Gewehrkolben als Prägestempel den Bundesadler. Kommentar aus dem Verteidigungsministerium: "Da keine UZI aus Bundeswehrbeständen an Portugal verkauft worden sind, erübrigt sich die Beantwortung einzelner Fragen". (Der Spiegel, 7.2.1962)
- Auch "humanitäre" Hilfe leistet die BRD. Ein Hamburger Bundeswehrlazarett versorgt die verwundeten Kolonialkrieger mit Prothesen. (Der Spiegel, 6.5.1968)
- Auf einen wichtigen Punkt wies Mario de Andrade in seinem Bericht vor der UNO hin: "Die portugiesische Regierung konnte in einem großen Maße Truppen nach Angola schicken, da die BRD deutsche Truppen schickte, um die Sicherheit Portugals zu gewährleisten." (UNO-Official Records of the General Assambly 21st Session (1966), Annexes, Vol. II, S. 330)

Aufruf zur Solidarität mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien

(Auszug)

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die meisten Völker Afrikas und Asiens ihre nationale Unabhängigkeit erlangt, Portugal jedoch hält nach wie vor an seinem barbarischen Kolonialsystem fest und unterdrückt die Völker in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique. Zwangsarbeit, Terror und Napalm sind die Methoden, mit denen das portugiesische Regime die Völker der Kolonien in dauernder Abhängigkeit, Armut und Unwissenheit halten will.

Seit nunmehr neun Jahren kämpfen die Patrioten in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique für ihre nationale Unabhängigkeit. Weite Regionen konnten bereits von der kolonialen Herrschaft befreit werden; dort hat die Bevölkerung ihre Souveränität wiedererlangt. [...] Doch immer noch leiden die Völker unter portugiesischem Terror, immer noch sterben zahllose Menschen unter den Bomben der portugiesischen Luftwaffe. Von Tag zu Tag wird deutlicher, daß Portugal seinen verbrecherischen Kolonialkrieg nur dank massiver ausländischer Hilfe fortsetzen kann. Vor allem von seinen NATO-Partnern - also auch von der Bundesrepublik - erhält Portugal die politische, finanzielle und militärische Unterstützung, die es zur Aufrechterhaltung des Kolonialsystems benötigt. Dieser Solidarität der Unterdrückung und kolonialen Ausbeutung muß die Solidarität aller demokratischen Kräfte in der Welt entgegengesetzt werden.

Hiermit rufen wir alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik auf, sich für die Einstellung der direkten und indirekten Unterstützung Portugals einzusetzen, konkrete Solidarität mit den Befreiungsbewegungen zu beweisen und an der Vorbereitung einer internationalen Solidaritätskonferenz teilzunehmen, die im Juni dieses Jahres in Rom stattfinden wird. Wir rufen alle Demokraten auf, finanziell dazu beizutragen, die Öffentlichkeit in unserem Lande über das portugiesische Kolonialsystem zu informieren, die Befreiungsbewegungen zu unterstützen und die medizinische Versorgung der Bevölkerung in den Kriegsgebieten zu verbessern.

Prof. Wolfgang Abendroth, Prof. Hans Werner Bartsch, Wilhelm Breuer, Gunnar Matthiessen, Rolf Priemer, Dr. Erika Runge, Karl-Heinz Schröder, Dr. Hannelies Schulte, Dr. Kurt Steinhaus, Dr. Martin Walser, Frank Werkmeister, Dr. Erich Wulff.

Postcheckkonto Köln 171387, Sonderkonto Wilhelm M. Breuer, 5 Köln 1, Roonstraße 29